kommunistische hochschulzeitung

Dez. 73 Herausgegeben von der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation / Wien (MLS) 2. Jg./Nr.

GRIECHENLAND: Kampf des Volkes gegen den Faschismus

Die Kämpfe der griechischen Arbeiterklasse, Studenten und anderer Teile des Volkes im letzten Monat erschütterten die faschistische Militärdiktatur. Die Junta mußte zu militärischen Machtmitteln greifen und Massenverhaftungen vornehmen, um den Volksaufstand niederschlagen zu können. Gleichzeitig verschärften sich die Gegensätze innerhalb der faschistischen Diktatur: nach Niederwerfung der Volksbewegung wurde die herrschende Clique um Papadopoulos von einer noch reaktionäreren Clique um Gisikis gestürzt. Das faschistische Regime stürzt von einer Krise in die andere, während die Volksbewegung trotz des Terrors, trotz der Massenverhaftungen wächst und erstarkt. Die Kämpfe des letzten Monats sind ein Wendepunkt im Volkskampf gegen den Faschismus: nach 6 Jahren der Lähmung des Kampfwillens der Massen durch die Diktatur erwacht die griechische Arbeiterklasse zu neuem politischen Selbstbewußtsein und das Volk beginnt sich zum Kampf gegen die faschistische Junta zu sammeln.

Der Faschismus ist die Herrschaft des Finanzkapitals

Die Junta kam 1967 durch einen vom US-Imperialismus direkt unterstützten Militärputsch an die Macht. Die Errichtung der faschistischen Diktatur sollte die Volksbewegung zerschlagen, die sich in den 60-er Jahren immer stärker entwickelt hatte. Die steigende Ausbeutung der Arbeiter, die Verarmung und Verschuldung der Bauern, der drohende Ruin von Handwerk und Kleinindustrie führte den Massen immer klarer vor Augen, daß der Sozialismus der einzige Ausweg aus ihrer Lage ist. Die einheimischen Großkapitalisten, die Onassis, Niarchos und wie sie alle heißen, sahen ebenso wie die ausländischen (v.a. US-) Monopolkapitalisten ihre Profite in Gefahr. Die USA mußte um ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Positionen bangen. Für das Finanzkapital war die Errichtung der faschistischen Diktatur der Ausweg aus der Krise.

Nach dem Militärputsch im April 1967 wurden alle Organisationen der Arbeiterklasse und des Volkes verboten, ebenso alle oppositionellen politischen Parteien. Streikrecht, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit wurden aufgehoben. Zehntausende Demokraten und Kommunisten wurden verhaftet, auf KZ-Inseln deportiert,

Fortsetzung Seite 2

AUS DEM INHALT:

UNSERE KANDIDATUR ZU DEN ÖH-WAHLEN

Die MLS wird bei den ÖH-Wahlen im Jänner kandidieren. Wir betrachten die Kandidatur nur als konsequente Fortsetzung unserer gesamten Politik. Wir bezwecken damit auch nichts anderes als die demokratische Bewegung auf der HS zu entfalten, ihre berechtigten Interessen zu vertreten und in ihr das Programm der Arbeiterklasse zu propagieren, um ihr die Perspektive der Ausbildung im Dienste des Volkes, die Perspektive des Sozialismus zu weisen.

Fortsetzung Seite 4

DEMONSTRATION

ZUR UNTERSTÜTZUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IM IRAN

14. DEZEMBER 73 — 17.UHR UNI RAMPE

gefoltert, eine Reihe von ihnen wurde umgebracht. Das "wirtschaftliche Programm" der Junta bedeutet durch die Öffnung des Landes gegenüber dem ausländischen Kapital den Ruin der Kleinindustrie. Die Großindustrie, wie Ölraffinerien, petrochemische Werke, Aluminium- und Metallindustrie sind in den Händen ausländischer Monopole. Gemäß den Gesetzen 89/1967 und 378/1968 sind neugegründete ausländische Handels-, Industrie-, Bergwerks-, Fremdenverkehrs- und Schiffahrtsunternehmen von der Einkommenssteuer befreit. Die Profite der Monopole sind derart hoch, daß es möglich ist, in einer 5 - 8 jährigen Periode das investierte Kapital wieder aus dem Land zu ziehen. Das wirtschaftliche Programm der faschistischen Diktatur bedingt die immer größere Ausbeutung der Werktätigen. Durch einen Lohnstop werden die Profite der Monopole weiter hochgehalten. Es gibt bei 8 Millionen Einwohnern durchschnittlich 800 000 Arbeitslose, die als Druckmittel gegen Streiks und Lohnforderungen eingesetzt werden können. Auf dem Lande werden die Kleinbauern durch kapitalistische Großfarmen ruiniert, von Grund und Boden vertrieben und landen in der riesigen Armee der Arbeitslosen. Die Junta ist im Volk vollständig isoliert, kann sich auf keine soziale Basis außer dem Beamten-, Polizei- und Staatsapparat und die Armee stützen und sich nur durch massive Unterstützung des US-Imperialismus und der NATO an der Macht halten.

Die Junta ist eine Agentur des Imperialismus

Für die USA ist es für die Sicherung der Vorherrschaft im Mittelmeerraum von entscheidender Bedeutung, Griechenland fest in ihrer Hand zu halten. In den 60-er Jahren, als ein weltweiter Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus einsetzte, verstärkte sich auch der Kampf der arabischen Mittelmeerländer gegen das imperialistische Joch. Damals begann der Widerstand gegend die uneingeschränkte Herrschaft der Ölkonzerne über die wichtigsten nationalen Ressourcen der arabischen Länder, die Ölvorkommen. 1966 intervenierte die US-Armee militärisch im Libanon. Die Sowjetunion, die sich aus einem sozialistischen Land in eine imperialistische Supermacht verwandelt hatte, versuchte mit allen Mitteln, ihren Einflußbereich im Mittelmeerraum auszudehnen. Der Nahe Osten wurde zum Brennpunkt der Widersprüche des Imperialismus. Für die Sicherung der US-Imperialistischen Vorherrschaft, für die Zurückdrängung der Unabhängigkeitsbestrebungen der arabischen Länder und für die Eindämmung des sowjetischen Einflusses war eine "sichere" Südflanke der NATO, die feste Kontrolle über das östliche Mittelmeer von zentraler Bedeutung. Es war daher im Interesse des US-Imperialismus, wenn an der Südflanke der NATO, in Griechenland, mit dem faschistischen Putsch "Ruhe und Ordnung" hergestellt wurde. Griechenland war nach dem 2. Weltkrieg das erste europäische Land, wo der Imperialismus im Faschismus einen Ausweg aus seiner Krise suchte. Vier Jahre später folgte die Türkei.

Der Widerstand gegen die Diktatur erstarkt

Der Putsch von 1967 hatte die griechische Arbeiterklasse und das Volk ziemlich unvorbereitet getroffen. Da keine politische Kraft da war, die das Volk in den Kampf hätte führen können, wurde der Kampfwille und der Widerstand durch faschistischen Terror gebrochen. Aber diese "Ruhe und Ordnung" war nur vorübergehend, denn wo es Unterdrückung gibt, da gibt es Widerstand. In den letzten zwei Jahren kündigten immer wieder Streiks der Arbeiter und Demonstrationen der Studenten die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und anderer Teile des Volkes an. Die Junta, von den Volksmassen vollständig isoliert und nur durch die Hilfe des US-Imperialismus an der Macht, versuchte, sich eine breitere Basis ihrer Herrschaft zu schaffen und die beginnende Volksbewegung durch eine Scheindemokratisierung aufzufangen, ohne die Diktatur abzubauen. Um eine "Demokratisierung" des politischen Lebens vorzutäuschen wurde im Frühjahr eine neue Verfassung beschlossen, die Monarchie abgeschafft, vor einem Monat die "Zivilregierung" Markeziuis von des Militärs Gnaden eingesetzt, die "Wahlen" vorbereiten sollte. Da alle antifaschistischen Parteien verboten sind, hätte das Volk die Wahl gehabt, zwischen Faschisten und Ultrareaktionären zu wählen. Die Streiks, Demonstrationen und Straßenkämpfe im November haben gezeigt, daß sich das Volk durch solche Manöver nicht hinters Licht führen läßt und



Am 16.11. demonstrierten in Athen 30.000 Arbeiter, Bauern und Studenten für den Sturz des Faschismus.

die Junta nicht imstande war, die Volksbewegung einzudämmen. Das ist auch der Grund, warum Papadopulos gestürzt und die Wahlen auf "unbestimmte Zeit" verschoben wurden. Die Krise der Diktatur ist bereits so tief, daß sie nur noch durch schrankenlose Steigerung des Terrors aufrechterhalten werden kann.

Die Kämpfe im November

Die Krise und der Bankrott der Politik der Junta, sowohl ihrer Versuche, mit faschistischem Terror das Volk niederzuhalten, als auch der "Liberalisierung" zeigte sich in aller Deutlichkeit bereits seit Anfang

November, seit dem Beginn der Massendemonstrationen.



Eine weltweite Solidaritätsbewegung unterstützt den Kampf des griechischen Volkes für den Sturz der faschistischen Diktatur und die Errichtung der Volksherrschaft. In Wien nahmen am 20. November über tausend fortschrittliche Menschen an einer Demonstration teil.

Am 4. November hatten sich bei einer Gedenkfeier anläßlich des 5. Todestages des bürgerlichen Politikers Papandreu 10.000 Menschen versammelt. Sehr schnell verwandelte sich jedoch die Gedenkfeier in eine Demonstration gegen die faschistische Diktatur. Die Parolen, die gerufen wurden, waren: Nieder mit der Diktatur! Freiheit und Demokratie!
Sie richteten sich gegen die USA und die NATO, gegen die "Zivilregierung" Markezinis und forderten die Boykottierung der geplanten Wahlen. Bei der Demonstration kam es zu Straßenkämpfen mit der Polizei, einige Demonstranten wurden verhaftet. Etwas später bei einer neuerlichen Demonstration für die Freilassung der Verhafteten kam es zu erneuten Straßenschlachten und Barrikadenkämpfen.

Diese Demonstrationen rüttelten das Volk auf, zum ersten Mal faßten die Massen Mut und neue Entschlossenheit, den Kampf gegen die Diktatur aufzunehmen. Es genügt ein Funke, damit eine mächtige Volksbewegung ins Rollen kam. Dieser Funke ging von den Studenten aus. Bereits in den letzten zwei Jahren hatte es große Studentendemonstrationen gegeben, in denen sie politische Freiheit forderten. Nach der Demonstration am 4. November kam es an den Hochschulen in Athen zu politischen Versammlungen, zum Boykott von Vorlesungen und am 14. November zu neuen Demonstrationen und zur Besetzung der Hochschulen. Arbeiter zogen in die Hochschulen, in die Stätten der größten politischen Freiheit. Die Bewegung an den Hochschulen verlor ihren rein studentischen Charakter, und wurde zu einer Bewegung des ganzen Volks gegen den Faschismus. Am 16. November nahm ein Amateursender den Betrieb auf und brachte die Forderungen des griechischen Volkes zum Ausdruck: Nieder mit der Diktatur! Nieder mit dem Faschismus! Gegen den US-Imperialismus und die NATO, gegen Papadopulos und Markezinis! Sturz der Junta - Volksregierung! Volksdemokratie! Das waren auch die Losungen, unter denen am gleichen Tag 30.000 Arbeiter, Bauern und Studenten demonstrierten. Arbeiter und Studenten stürmten das Ministerium für Öffentliche Ordnung, Arbeiter besetzten das Justizministerium für einige Stunden. Zur selben Zeit streikten Arbeiter in den verschiedenen Betrieben, darunter auch die Bauarbeiter, die zum Vortrupp bei den Demonstrationen gehörten, auch in anderen Städten, in Saloniki, Patras u.a. Die Regierung setzte Militär ein, ließ in die Menge schießen und Massenverhaftungen vornehmen, Polizei und Armee stürmten die Technische Hochschule, in die sich 15.000 Menschen zurückgezogen hatten und wo auch der illegale Sender stand.

Die Kräfte des spontanen Volksaufstandes erschöpfen sich allmählich und die Volksmassen konnten der Polizei und der Armee nicht wiederstehen.

Der Terror bricht nicht den Widerstand

Trotzdem endeten die Kämpfe nicht mit einer Niederlage des Volkes, vielmehr beendeten sie die 6-jährige Periode der relativen Stabilität der Herrschaft der Junta. Ihre "Demokratisierungspläne" sind gescheitert, ihre Krise hat sich vertieft. Der Widerstand des Volkes ist hingegen trotz des Terrors und des unvermeidlichen vorübergehenden Rückschlages breiter und stärker geworden. Die Arbeiterklasse steht heute an der vordersten Front (das zeigt sich auch darin, daß mehr als die Hälfte aller Verhafteten Arbeiter waren), die Widerstandsbewegung hat das ganze Volk erfaßt. Die Kampfentschlossenheit ist nicht gebrochen worden, im Gegenteil. Vor allem ist die Bewegung klarer und bewußter geworden, sie ist nicht in die Fittiche der bürgerlichen Opposition geraten, sondern beginnt sich unter der Führung der Arbeiterklasse zu formieren. Das Regime ist erschüttert, und die Machtübernahme durch eine neue, noch reaktionärere Militärclique unter Gisikis ist Ausdruck der Verschärfung der inneren Widersprüche und des Erstarkens der Volksbewegung, die sie ebensowenig wird niederhalten können wie Papadopulos.

Die Scheindemokratisierung und die Imperialisten

Die österreichische Bourgeoisie steht diesem neuerlichen Militärputsch reserviert gegenüber. Sie hatte ihre Hoffnungen auf eine "Demokratisierung" des Regimes wie sie Markezinis anstrebte, gesetzt. Diese "Demokratisierung" lag auch im Interesse verschiedener imperialistischer Mächte und ihrer Regierungen in Europa. In den letzten 6 Jahren hatten sie nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten, vor der eigenen Bevölkerung die politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit der faschistischen Junta zu rechtfertigen, ohne dabei selber ihr "demokratisches" Image zu verlieren. Die Völker Europas, die mit dem Faschismus bereits die bittersten Erfahrungen gemacht haben, haben kein "Verständnis" für die Interessen, die die Imperialisten in Griechenland verfolgen. Unter dem Druck der Massenstimmung gegen den Faschismus erhoben selbst bürgerliche Politiker die Forderung nach Ausschluß Griechenlands aus dem Europarat. So auch in Österreich, wo führende Sozialdemokraten (Pittermann) einen "Verein der Freunde der griechischen Demokratie" bildeten, Lippenbekenntnisse ablegten, aber keinen Finger rührten, um den Kampf des griechischen Volkes gegen den Faschismus zu unterstützen, auch dann nicht, als die österreichische Regierung auf Wunsch der Junta den antifaschistischen griechischen Studentenverband in Österreich verbot. Der neuerliche Militärputsch hat allen Scheindemokratisierungen jäh ein Ende gemacht und die Hoffnungen der österreichischen Kapitalisten auf ein "problemloseres" Zusammenarbeiten mit der Junta in den Hintergrund gedrängt. Während für die Bourgeoisie die Volksbewegung, die Kämpfe des vergangenen Monats nur ein Hindernis für die bessere Durchsetzung ihrer Interessen waren, faßt sie die österreichische Arbeiterklasse als Teil des internationalen Klassenkampfes auf, als einen großen Schritt vorwärts im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, im Kampf für den Sozialismus.

Fortsetzung von Seite 1:

ZU DEN ÖH-WAHLEN

Die demokratische Bewegung auf der HS ist wesentlich entstanden durch und im Kampf gegen die Auswirkungen der monopolkapitalistischen HS-Reform. Sie hat damit begonnen, den Kampf gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen und Einschränkung der demokratischen Rechte dort aufzunehmen, wo diese unmittelbar erfahrbar sind, auf den einzelnen Instituten. Noch ist diese Bewegung schwach und voller reformistischer Illusionen, noch sind ihre Ziele beschränkt, noch fehlt ihr das Bewußtsein von der Unversöhnlichkeit der Widersprüche, die klare Ausrichtung gegen den Staat als bürgerlichen Staat.

Der Entfaltung der Bewegung steht nicht nur die Spaltungstaktik des bürgerlichen Staates durch die Mitbestimmung und den Demokratisierungsschwindel entgegen, sie muß v.a. auch gegen die bürgerlichen Studentengruppen in der ÖH ankämpfen, die sich durch ihre ganze Politik zu Agenten der Bourgeoisie auf HS-Boden machen. Der Mitbestimmungsschwindel würde halb so gut funktionieren ohne die aktive Mitarbeit der Studentenvertreter an der Reform, die diese Illusionen über die Mitbestimmung unter die Masse der Studenten tragen und sie ihnen als Errungenschaften der Vertretung der studentischen Interessen gegenüber Staat und Professoren ausgeben.

Für diese ihre entscheidende Funktion der Bekämpfung, Korrumpierung und Spaltung der fortschrittlichen Bewegung, der weiteren ideologischen Gängelung der Masse der Studenten finden sich alle die ÖH tragenden Gruppen in trauter Eintracht beisammen. Natürlich haben alle drei, ÖSU, RFS und VSStÖ unterschiedliche Taktiken, selbstverständlich verschiedne Vorstellungen von ihrer eigenen Funktion, aber zu den wesentlichen Problemen, die sich für die demokratische Bewegung auf der HS heute stellen, haben sie keine PRINZIPIELL anderen Positionen, stehen alle drei auf der anderen Seite der Barrikade.

Die ÖH-Gruppen – Agenten der Bourgeoisie

Alle bejahen sie die HS-Reform als Verbesserung, als Fortschritt. Sie setzen ihrer inhaltlichen Durchsetzung nicht nur keine Schwierigkeiten entgegen, sie arbeiten vielmehr an der Einführung des verschärften Prüfungsdrucks, der Erhöhung der Pflichtstundenanzahl, an der ganzen Verschlechterung der Studienbedingungen aktiv mit.

Zu einer Zeit, in der immer mehr Studenten sich gegen Verschärfungen zur Wehr zu setzen beginnen, die unter dem Firmenschild : "didaktische Experimente" laufen und allesamt auf eine verstärkte Indoktrination mit den bürgerlichen Lehrinhalten hinauslaufen, gerade zu diesem Zeitpunkt preist die "progressive Mitte", die ÖSU die Hochschuldidaktik als "Alternative zum herrschenden Lehrbetrieb", als Mittel zur Bildung der "Fähigkeit zum kritischen Denken" (!) etc.



an. (Flugblatt, Mitte Nov.). Der Sinn des Ganzen ist klar: Die Effektivierung des Studiums im Interesse der Kapitalistenklasse soll den Studenten schmackhaft gemacht werden.

Der RFS wiederum beteiligt sich unter der Parole "Für mehr Studienqualität" direkt an der Einführung der Verschärfungen. So haben z.B. am historischen Institut die StK-vertreter (RFS) gemeinsam mit den Professoren eine Studienordnung ausgepackelt, die eine gewaltige Verschärfung darstellt.

Der "marxistische" VSStÖ, in letzter Zeit eher recht kleinlaut geworden, versucht die Reform als Kompromiß zwischen fortschrittlicher SP-Regierung und dem bösen Rechtskartell (Wirtschaft und Professoren) hinzustellen. Dadurch soll die reaktionäre Grundtendenz der Reform verwischt werden. Etwaige Verschlechterungen sind demzufolge auf den "mangelnden Druck der Studenten" zurückzuführen, d.h. die Studenten haben sich zuwenig für die Reform eingesetzt.

Wie in der Frage der Studienreform, sind sich die Studentengruppen auch in der Frage der Mitbestimmung, der Politik der verschlossenen Türen in den einzelnen Gremien im Prinzip einig. Die ÖSU fordert Drittelparität, der VSStÖ, früher so "radikal", Semiparität zu verlangen, ist inzwischen ebenfalls auf Drittelparität umgeschwenkt.

Der RFS, wackerer Kämpe gegen den "Neomarxismus" tritt für eine "funktionsorientierte" Mitbestimmung ein. Während die beiden anderen ihre Konzepte als "Demokratisierung der UNI" ausgeben, stellt der RFS von Anfang an klar, daß es ihm gar nicht um Demokratisierung geht.

Jedenfalls bemühen sich alle drei, die Studenten zur Mitarbeit an der kapitalistischen Effektivierung ihres Studiums zu bringen. Die ÖSU hat das so formuliert:"In den drittelparitätisch besetzten STKs dringen nun die Studentenvertreter auf die Einführung moderner und effektiver Lehrmethoden."

Stehen die Studentengruppen in der Frage der HS-Reform und ihrer Durchsetzung recht offen auf Seiten des bürgerlichen Staates, so sind sie in der Frage der materiellen Interessen "der Studenten" scheinbar in Opposition gegen ihn. Alle erheben ein lautes Geschrei über die "Sozialmisere", die Verschlechterung des Lebensniveaus der Studenten. Doch dieses Geschrei wird umso lauter, je mehr es darüber hinwegtäuschen soll, daß die Verschlechterung des Lebensniveaus den Kapitalismus und die kapitalistische Preistreiberei zur Ursache hat. Statt den Kampf gegen diese volksfeindlichen Maßnahmen des Kapitalismus zu führen, werden Privilegienforderungen aufgestellt, die die Abspaltung der Studenten vom übrigen Volk perpetuieren. Die Studenten sollen als Studenten in einen Kampf um "ihre" Interessen geführt werden, der sie allen anderen Teilen des Volks gegenüberstellt. (ÖSU:"Kreisky, wo bleibt die Sozialexplosion für die Studenten ?") So dienen die ÖH-Gruppen einmal mehr den Interessen der Bourgeoisie.

Die Art wie sie Politik machen, entspricht haargenau den bürgerlichen Zielen ihrer Politik. Die Studenten sollen ja nicht ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen, sondern ihr Schicksal den gewählten Mandataren anvertrauen. Die Packelei in den Gremien, abseits von und versteckt vor der Masse der Studenten erleichtert den "Vertretern" natürlich die Durchsetzung der Interessen des bürgerlichen Staates gegenüber den Studenten.

Der KSV behauptet nun von sich, eine Alternative zu den ÖH-Gruppen zu sein. Aber zu den wesentlichen Fragen hat auch er keine andere Haltung. Um sich von ÖSU &Co. abzugrenzen, muß er zu einem Trick greifen. Er sagt, nur er vertrete konsequent studentische Interessen, die andern bloß demagogisch. Deswegen spitzt er auch alle Fragen auf die Wahlen zu. Er greift eben die Probleme der Studenten nur dazu auf, um sich dann als "konsequenter Studentenvertreter" zu präsentieren.

Die Politik in der ÖH vom demokratischen Kampf her bestimmen

Die demokratische Bewegung muß und wird sich im Kampf gegen alle diese Gruppen entwickeln. Die Studenten müssen sich auf die eigenen Kräfte stützen und den Kampf gegen die Studienverschärfungen und die Einschränkung der demokratischen Rechte aufnehmen. Dazu können ihnen auch Positionen in der ÖH einen gewissen Nutzen bringen.

Die Kommunisten werden ihre Politik in der ÖH stets von den Erfordernissen des demokratischen Kampfes her bestimmen. Wir werden alle entscheidenden Fragen der demokratischen Bewegung in die ÖH hineintragen, die sogenannten Studentenvertreter zu klaren Stellungnahmen zwingen, ihre Gremienpackelei und volksfeindliche Tätigkeit ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Wir werden die Einrichtungen der ÖH für die Kämpfe der Studenten auszunützen versuchen. Wir werden keine Möglichkeit ungenützt lassen, mittels der ÖH die Kämpfe der österreichischen Arbeiterklasse und die antiimperialistischen Befreiungskämpfe zu propagieren. Wir werden uns bemühen, die ÖH zur Stärkung und Verbreitung der Solidaritätsbewegung mit den Kämpfen der unterdrückten Völker zu zwingen. Einzig diesem Zweck dient auch unsere Kandidatur für die Fachschaften, die Hauptausschüsse und den Zentralausschuß.

Auf Instituts- und Studienrichtungsebene werden wir die Kandidatur der Instituts- und Fakultätsgruppen unterstützen.

Diese Gruppen haben sich als taugliches Mittel zur Führung des demokratischen Kampfes erwiesen. Nur die Vertreter dieser Gruppen werden die Forderungen der Studenten tatsächlich in den entsprechenden Gremien vertreten und sie so für den demokratischen Kampf verwenden. Sie werden stets der Gremienpackelei entgegentreten und für die Öffentlichkeit dieser Gremien eintreten.

Warum streben wir keine Plattform mit allen linken Gruppen für die ÖH-Wahlen an ?

Es geht darum, den demokratischen Kampf zu entfalten, ihn auf der richtigen Linie zu entfalten. Dazu ist eine scharfe ideologische Auseinandersetzung über die richtige Führung des Kampfes nötig. Gegenwärtig ist die Bewegung nicht so entwickelt, daß sich im Kampf zentrale konkrete Aktionsforderungen für die ganze HS herausgebildet hätten, für deren Durchsetzung es die ÖH zu erobern gilt. Auf Basis eines solchen Aktionsprogramms könnte eine gemeinsame Kandidatur von Vorteil sein. Heute, wo es dieses Aktionsprogramm nicht gibt, würde irgendein Wahlpakt der Entfaltung der demokratischen Kämpfe nichts bringen. Er müßte ein prinzipienloser oder nur ganz allgemeiner Zusammenschluß sein, und könnte daher auch nicht die Einheit des Handelns gewährleisten. Vielmehr wäre sein einziges Resultat, den Vertretern in der ÖH die Hände zu binden. Sie könnten in wesentlichen politischen Fragen keine konsequente Haltung einnehmen. (z.B. Netzkarten).

Für bestimmte konkrete Teilforderungen sind wir aber selbstverständlich jederzeit zur Aktionseinheit mit allen Organisationen bereit, die in dieser Teilfrage eine richtige Position vertreten. Das gilt auch für die Arbeit in der ÖH.

Schluß mit der Diskriminierung der ausländischen Studenten

Die Ausbildung von Studenten aus unterentwickelt gehaltenen und vom Imperialismus abhängigen Ländern ist für die österreichische Bourgeoisie ein Mittel, ihren politischen und ökonomischen Einfluß in diesen Ländern durchzusetzen und zu vergrößern. Die besonderen Repressionen, denen ausländische Studenten in Osterreich ausgesetzt sind, dienen dazu, die Durchsetzung dieses Interesses zu sichern. Diese besonderen Unterdrückungsmaßnahmen sollen die ausländischen Kollegen einerseits an der Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Organisationen hindern, andererseits Gedanken der Kritik am Imperialismus und an den reaktionären Regimes in ihren Heimatländern gar nicht erst aufkommen lassen. Die spezielle Situation der ausländischen Studenten ist Ausdruck der besonderen Behandlung, die ihnen im Interesse der österreichischen Kapitalisten zuteil wird.

Die besonders scharfen Unterdrückungsmaßnahmen gegen Ausländer erwecken bei vielen Kollegen den Eindruck, als ob es sich hier um die ganz spezielle Situation einer "isolierten Minderheit" (ÖSU-Report 4/2,72), um ein "Ausländerproblem" handle, das sie nur sehr begrenzt etwas angeht. Die bürgerlichen Studentenorganisationen versuchen diesen falschen Eindruck noch zu verstärken. So versucht die ÖSU das Problem so darzustellen, daß "österreichischer Provinzialismus" die Ausländer in die Isolation treibe. Daß die ganze Situation der Ausländer nur der Ausdruck des besonderen Interesses ist, das das österreichische Kapital an ihnen hat, davon kein Wort. Für die ÖSU ist das Wahlrecht für ausländische Kollegen daher die einzige Forderung, die übrige Entrechtung und Unterdrückung, denen sie ausgesetzt sind, ist für sie eine Selbstverständlichkeit. Die bürgerlichen Studentenorganisationen lenken damit die Empörung der Studenten aus den unterdrückten Ländern über ihre Entrechtung und die Solidarität der inländischen Kollegen in die Sackgasse. Sie stellen die Frage des Wahlrechts zur ÖH isoliert in den Vordergrund, um über die anderen elementaren Forderungen schweigen zu können. Nur im Zusammenhang mit diesen hat aber der Kampf um das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer eine Perspektive, soll das gewährte Wahlrecht nicht von Anfang an eine Farce sein, wie etwa das vom RFS wohlweislich in dieser Absicht vorgeschlagene "Ausländerparlament".

Diese Politik der bürgerlichen Studentenorganisationen hängt ganz einfach damit zusammen, daß diese Organisationen, jede auf ihre Weise, für die Verbesserung und "Modernisierung" der Ausbildung im Dienste des Kapitals eintreten.

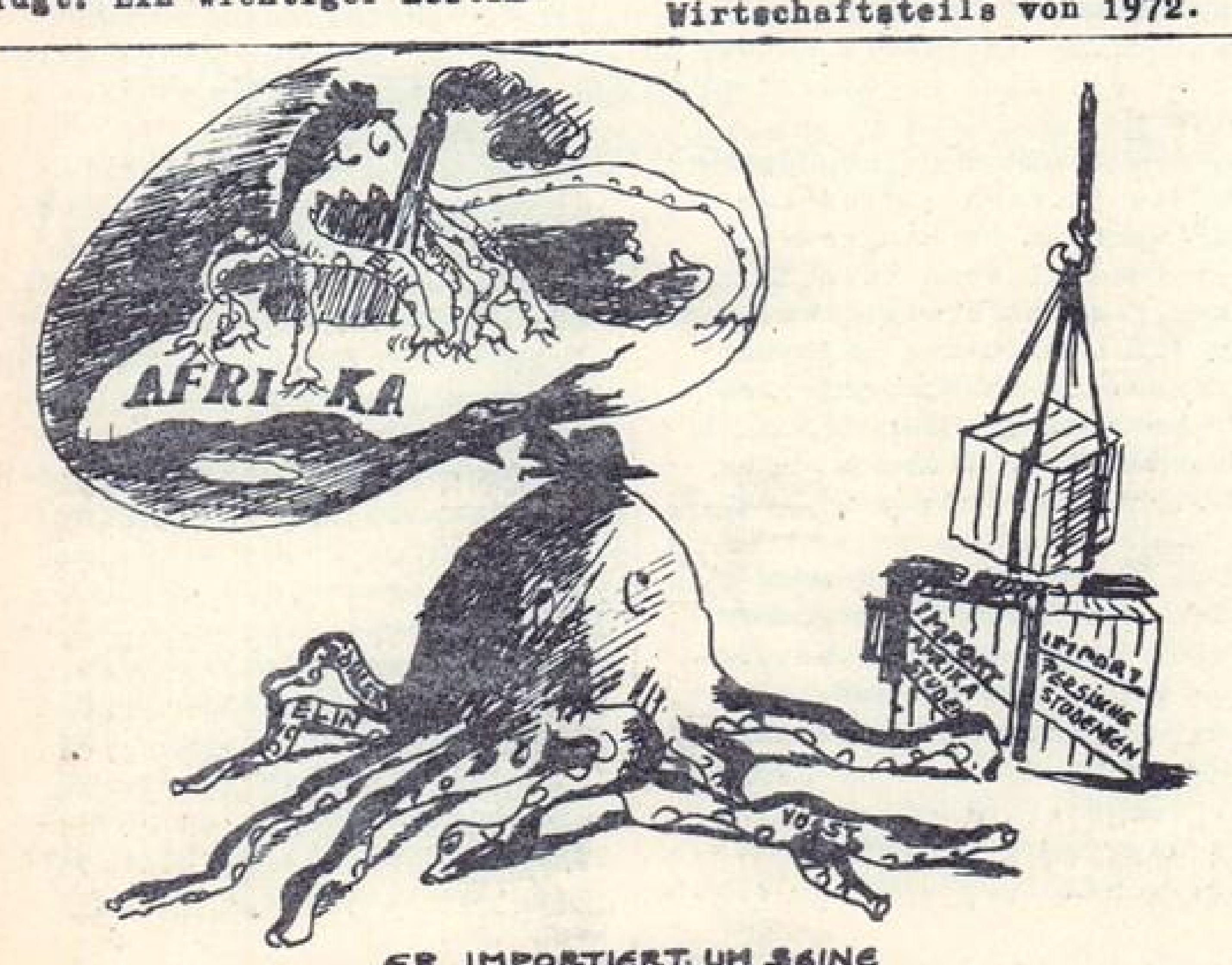
Was bezwecken die Kapitalisten mit der Ausbildung der ausländischen Studenten ?

Die österreichische Bourgeoisie äußert sich selbst ganz offen darüber, welche Ziele sie mit der Ausbildung ausländischer Studenten verbindet. Sie nimmt sich kein Blatt vor den Mund. So wird in einer Studie der "Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft" die zukünftige Aufgabe der ausländischen Studenten folgendermaßen definiert: "...in ihrem Heimatland ein freundliches

Klima unserem Land gegenüber zu schaffen; sind (sie) es doch...,die,die politische Führerschaft von morgen darstellen."

Die österreichische Bourgeoisie, deren Einfluß nach außen politisch kaum und militärisch gar nicht vorhanden ist, hat Schwierigkeiten sich in den Neokolonien gegen die stärkeren imperialistischen Mächte durchzusetzen.
Um ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß verstärken zu können, setzt die österreichische Bourgeoisie alle verfügbaren Hebel ein. Dazu versucht sie die Methoden ihrer imperialistischen Konkurrenten selbst anzuwenden. So schreibt DDr. Melis von der Bundeswirtschaftskammer in einer Zeitschrift des "Österreichischen Auslandsstudentendienstes (ÖAD)" über die Beziehungen anderer imperialistischer Staaten zu den Neokolonien:"Besonders wichtig erscheint hier,.... daß die geistige Elite auf ihren Hochschulen ausgebildet wird." (Brief aus Österreich, S 76, 1971). In "Nota Bene", der Monatszeitung des ÖAD heißt es daher folgerichtig: "Ein Schwerpunkt der österreichischen Entwicklungshilfe bildet schließlich die Ausbildung und Betreuung von Angehörigen aus Entwicklungsländern an österreichischen Hochschulen". Was es wiederum mit der Entwicklungshilfe auf sich hat, wird der Ordnung halber auch gleich hinzugefügt:"Ein wichtiger Bestimmungsgrund der österreichischen Entwicklungshilfepolitik ist daher sein verstärktes Bemühen, die österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen auch mehr und mehr auf die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Südamerikas auszudehnen" (Nota Bene, S 4, Sepember 72).
In der österreichischen Zeitschrift "Die Industrie" wird das Ganze schließlich gleichsam auf den Begriff gebracht: "...die heutigen Überseestudenten sind die morgigen Kunden unserer Exportwirtschaft, und die in Österreich angeknüpften Beziehungen können für unser Land zur denkbar besten Exportwerbung werden" (Die Industrie, S 14, 1964)

"Nota Bene spinnt den Faden weiter und vertritt die Ansicht:"Nach Beendigung ihrer Ausbildung soll der Kontakt mit den in ihre Heimatländer zurückgekehrten Studenten und Fachkräften weiter aufrecht erhalten bleiben." Dafür gibt es auch gleich eine eigene Zeitschrift, den"Brief aus Österreich", herausgegeben vom ÖAD. Hier prahlt der österreichische Neokolonialismus auch ungeniert mit seinen Erfolgen:"Österreichische Schwerindustrie bemüht sich um Ost-Afrika", "Vöest-Großauftrag in Afrika", "Elin sorgt in Persien für Umweltschutz", "Böhler errichtet Stützpunkt in Djakarta"- sind einige Überschriften des Wirtschaftsteils von 1972.



ER IMPORTIERT, UM SEINE „KONTAKTE" ZU INTENSIVIEREN.

Der Vorstudienlehrgang des ÖAD

Zur Erreichung der oben dargestellten Ziele ist es notwendig, daß die Ausgebildeten zuerst jedes Verständnis für die Bedürfnisse des eigenen Volkes verlieren und dann uneingeschränkt die Ansichten der Imperialisten übernehmen, deren Interessen sie später vertreten sollen. Es ist klar, daß der normale Studienbetrieb dazu nicht ausreicht. Die ausländischen Studenten müssen daher noch einer besonderen ideologischen Vorbehandlung unterworfen werden.

"Nota Bene" schreibt dazu: "Die Gestaltung der sozio-kulturellen Umwelt der in Österreich in Ausbildung befindlichen Angehörigen der Entwicklungsländer ist, neben den rein fachlichen Fragen, ein entscheidender Faktor für die Erreichung der durch die Ausbildung in Österreich angestrebten Ziele" (NBSept.72). Diese "Gestaltung" sieht so aus:

Damit die Studenten aus der dritten Welt gleich vor dem Studium gründlich in die "österreichische Kultur und Denkungsart" eingeführt werden können, müssen sie zwei bis drei Semester lang einen Vorstudienlehrgang durchmachen. Früher fand er für die, die in Wien studieren wollten in einem Heim in Mödling statt, wo man in der Isolation die "sozio-kulturelle Umwelt" besonders gut "gestalten" konnte.

Nachdem es im heurigen Frühjahr einige Bewegung unter den Kollegen für eine Verlegung gegeben hatte, wird der Vorstudienlehrgang heuer in Wien durchgeführt. An seinem durch und durch reaktionären Charakter ändert das aber nichts.

Politische Diskussionen sind weiterhin streng untersagt. Die Leitung hat gute Kontakte zu den ausländischen Botschaften, es besteht Anwesenheitspflicht.

Damit für den für die ideologische Formierung nötigen Druck gesorgt ist, kann man auch während des Lehrgangs, ohne überhaupt noch zu Prüfungen angetreten zu sein, hinausfliegen, wenn "die

Leistungen des Studierenden ein erfolgreiches Hochschulstudium nicht erwarten" lassen (Studium in Österreich, hrg.v.ÖAD). Der Lernstoff ist so umfangreich, daß man ihn schwer in 2 Semestern in sich hineinstopfen kann. Darüber hinaus ist er mit der entsprechenden imperialistischen Ideologie durchtränkt, um den Studenten eindringlich die Überlegenheit der imperialistischen Metropolen begreiflich zu machen. Ein Schwerpunkt ist beispielsweise das "Zeitalter der Entdeckungen", wo jeder erfahren kann, wann und wie seine Vorfahren "entdeckt" worden sind, und wie wichtig diese "zivilisatorische Mission" für sie selbst gewesen ist.

Zudem sind aber auch viele Kollegen zu Recht darüber empört, daß sie über genaue Details der österreichischen Geographie und Geschichte geprüft werden. Es ist verständlich, daß bis zu 50 % der Anfänger den Lehrgang wieder aufgeben.

Wenn die Studenten dem Vorstudienlehrgang entronnen sind, darf die richtige Beeinflussung natürlich nicht aufhören. Eine Reihe vom Staat, den Industriellen und der Kirche aufgebauten Institutionen übernehmen dann diese Aufgabe. Unter der scheinheiligen Maske von "Kontakte, Unterhaltung, Dialog" bemühen sie sich redlich, die vorhandene Isolation der ausländischen Kollegen auszunutzen, um die nötige"sozio-kulturelle Umwelt" zu schaffen. So bemüht sich das Afro-Asiatische Institut (katholische Kirche) um die "Freizeitgestaltung" von Ausländern aus Entwicklungsländern. Es hat sich dabei nicht gescheut, gemeinsam mit der türkischen Botschaft, einen reaktionären "Kulturabend" für türkische Gastarbeiter zu veranstalten. Der "Internationale Studentenclub"möchte "Ausländer mit der österreichischen Atmosphäre bekannt machen" (NB, Sept. 73)

Besondere Gesetze sichern die Repression

Schon längst hat sich die österreichische Bourgeoisie den legalen Rahmen geschaffen, daß Ausländer (nicht nur Studenten, sondern alle Ausländer) sich nur unter den größten Gefahren gegen die besonderen Unterdrückungsmaßnahmen, die gegen sie unternommen werden, zur Wehr setzen können. Von der Einhaltung ihrer auf Ausländer zugeschnittenen gesetzlichen Regelungen macht sie die Gewährung jeglicher Aufenthaltsgenehmigung abhängig. Wenn diese Gesetze derzeit noch nicht scharf angewandt werden, dann deswegen, weil sie auch präventiv, durch Einschüchterung der ausländischen Kollegen ihre Wirkung tun, und ein scharfes Vorgehen in einzelnen Fällen zu einer breiten Solidarität aller ausländischen und vieler inländischer Kollegen mit den Betroffenen führen würde. Wenn es ihr wirklich notwendig erscheint, wird jedoch die österreichische Bourgeoisie eine Konfrontation mit der Solidaritätsbewegung nicht scheuen - wie sich z.B. auch die deutsche Bourgeoisie nicht scheute, tausende Palästinenser und Araber aus der BRD auszuweisen.

Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn "sein Aufenthalt im Bundesgebiet die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet oder anderen öffentlichen Interessen zuwiderläuft",

wenn er sich "durch Wort oder Schrift gegen die Republik Österreich oder ihre Einrichtungen betätigt oder eine solche Tätigkeit unterstützt (!) oder gefördert (!) hat."

Jedem Ausländer kann der für das Studium notwendige Sichtvermerk im Paßverweigert werden, wenn "die Annahme gerechtfertigt ist, daß ein Aufenthalt des Sichtvermerkwerbers im Bundesgebiet die Beziehungen der Republik Österreich zu einem anderen Staat beeinträchtigen würde."

Das bedeutet nicht nur, daß jeder Ausländer ausgewiesen werden kann, wenn er es wagt, sich gegen die besondere Unterdrückung hier zu wehren, sondern auch, wenn er gegen die volksfeindliche Politik der Regierung seines Heimatlandes Stellung nimmt - könnte vom betreffenden Land ja böse aufgefaßt werden und die Beziehungen der Republik Österreich zu diesem Land belasten. Auch die nächste gesetzliche Bestimmung zeigt das ganz deutlich.
Die Verurteilung zu einer Strafe von über 3 Monaten stellt nämlich nicht nur dann einen Grund für ein Aufenthaltsverbot dar, wenn sie durch ein österreichisches Gericht erfolgt, sondern auch, wenn sie von einem ausländischen Gericht verhängt wurde. Die "Gesetzgebung" reaktionärer, dem Imperialismus höriger Regierungen, wird damit auch in Österreich zur Grundlage der Rechtssprechung. Die Gesetzes- und Gerichtspraktiken etwa des faschistischen Griechenland werden ihrem Ergebnis nach gleich den österreichischen.
Mit der Bestimmung, daß eine Ausweisung erfolgen kann, wenn die Gültigkeit eines Passes abläuft, wird reaktionären Regimes eine weitere Möglichkeit gegeben, gegen den Aufenthalt unliebsamer Kollegen in Österreich vorzugehen. Die iranische Botschaft etwa verlängert die Pässe ihrer Staatsbürger in der Regel nur um ein Jahr, Kollegen die der Botschaft politisch verdächtig sind, müssen sogar mehrmals im Jahr kommen. Ob der Paß verlängert wird, hängt vom "Wohlverhalten" gegenüber der iranischen Regierungspolitik bzw. sogar vom Studienerfolg ab. Dieser wiederum muß von einem "Vertrauensdozenten" bestätigt werden, hängt also nicht unwesentlich von dessen Wohlwollen ab.

Die ausländischen Geheimdienste haben im wesentlichen freie Bahn, bespitzeln und terrorisieren ungeniert mit Einverständnis der österreichischen Behörden Kollegen, die dem jeweiligen reaktionären Regime durch ihre oppositionelle Haltung verdächtig und bekannt sind. Besonders anschaulich wurde dies, als die Schlägertrupps des persischen Geheimdienstes SAVAK während des Schahbesuches 1969 eine Reihe antiimperialistischer, persischer und österreichischer Studenten zusammenschlugen, ohne daß die österreichische Polizei einschritt.

Die Kollegen aus dem Iran und den arabischen Ländern wissen, daß jeder ihrer Schritte von einem Geheimdienst überwacht wird.

Für den gemeinsamen Kampf der in- und ausländischen Studenten

Wie man sieht, ist an der Lage der ausländischen Kollegen rein gar nichts zufällig. Eine Unterdrückungsmaßnahme stützt die andere, die Durchsetzung des Interesses der Kapitalisten ist oberstes Gebot. Der Kampf dagegen ist Teil des Kampfes gegen die imperialistischen Machenschaften der österreichischen Bourgeoisie, sowie des Kampfes gegen die Ausbildung im Dienste des Kapitals. Die ausländischen Kollegen führen den Kampf hauptsächlich um die antiimperialistische Front im eigenen Land zu stärken, die imperialistischen Gelüste des österreichischen Kapitals zu entlarven. Wir müssen sie dabei unterstützen, um einerseits ihren Antiimperialismus wirkungsvoll zu verstärken, andererseits um auch an diesem Frontabschnitt im Kampf gegen die besonderen Repressionen, denen die ausländischen Kollegen unterliegen, der Ausbildung im Dienste des Kapitals entgegenzutreten.
Der Kampf der ausländischen Kollegen ist unser Kampf. Ihre speziellen Forderungen sind die unseren. Wir müssen ferner sehen: die Aufhebung der Diskriminierung der ausländischen Kollegen ist gleichzeitig eine Voraussetzung dafür, daß diese sich ohne Behinderung und besondere Gefährdung am gemeinsamen Kampf gegen alle Formen der Ausbildung im Interesse des Kapitals beteiligen können. Dies ist notwendig, weil die gesamte Ausbildung, nicht nur einzelne Auswüchse, die bei entsprechender Mobilisierung der Kollegen auch beseitigt werden können, den Interessen des österreichischen Imperialismus entspricht, die imperialistische Ideologie nicht nur im ÖAD, sondern in allen Vorlesungen, Seminaren etc. verbreitet wird. Die Probleme der ausländischen Kollegen sind die unseren und umgekehrt.

Für die freie politische Betätigung der ausländischen Kollegen und ihrer Organisationen!

Weg mit dem Österreichischen Auslandsstudentendienst!

Weg mit dem System der Vertrauensdozenten!

Aktives und passives Wahlrecht für die ausländischen Kollegen!

Für den einheitlichen Kampf der in- und ausländischen Kollegen!

Volkshochschule Urania: RASSISTISCHER PROPAGANDAABEND ENDETE MIT SCHLÄGEREI

Von der Polizei mußte am Freitag, den 23.11. eine rassistische Propagandaveranstaltung über Südafrika in der Volkshochschule Urania aufgelöstwerden, nachdem einer der "Ordner" der Veranstaltung eine wüste Prügelei mit einigen Besuchern dieses "Informationsabends für junge Leute" provoziert hatte. Die Veranstaltung hatte schon mit einnem Krach begonnen, als einigen anwesenden Mitgliedern des KSA (Komitee Südliches Afrika) das Verteilen von Flugblättern und der Verkauf der KSA'Zeitschrift "Revolutionäres Afrika" verboten wurde.Welchen Verlauf der Abend nach der Vorstellung des Veranstalters nehmen sollte, machte er schon in seiner Einführungsrede klar, in der er feststellte, daß er nicht die Absicht habe, Diskussionen über die Apartheid zuzulassen. Als in Zwischenrufen gegen dieses Vorgehen protestiert wurde, schickte der veranstaltende "Volksbildner" eine der üblen Schlägertypen, die er um sich gesammelt hatte, nach hinten, um seine Propagandalügen über die verbrecherische Diktatur der weißen Großbourgeoisie in Südafrika und über das

afrikanische Volk ungestört verbreiten zu können. Die Bedrohung durch diese "Gorillas" konnte jedoch nicht verhindern, daß während der folgenden Propagandafilme, die das Land der grausamsten Unterdrückung und Ausplünderung der afrikanischen Mehrheit als idyllisches Paradies darstellten, immer wieder Protest laut wurde. Als der letzte Film mit einer unverhohlenen Werbung für die Einwanderung nach Südafrika endete und neuerlich Zwischenrufe laut wurden, stürzte sich einer der "Gorillas", der Chemiker Gerhard Zeisel, auf ein Mitglied des KSA und prügelte mit den Fäusten los. Als sich dessen Frau dazwischenzustellen versuchte, schlug er mit der gleichen Brutalität auf sie ein, packte dann einen Stuhl und begann damit wie wahnsinnig um sich zu schlagen. In dem entstehenden Tumult gelang es einigen KSA-Mitgliedern und anderen Besuchern der Veranstaltung erst nach einigen Minuten, den rassistischen Schläger abzudrängen und ihm den Stuhl zu entreißen. Drei Funkstreifenbesatzungen drangen in den Saal ein und brachen die Veranstaltung ab.Gegen Zeisel wurde Anzeige wegen zweifacher Körperverletzung erstat-

tet. Der Veranstalter, der damit sein "volksbildnerisches " Werk im Dienst der südafrikanischen Botschaft vereitelt sah, konnte seine Wut kaum verbergen, Seine Bemühungen, den Teilnehmern an dieser Veranstaltung seine rassistischen Propagandalügen aufzuschwatzen und vielleicht doch den einen oder anderen für die Einwanderung nach Südafrika und damit für die Unterstützung des dort herrschenden rassistischen Minderheitsregimes zu gewinnen, hatte er nicht einmal mit seinen "schlagenden Argumenten" zum Erfolg führen können. Die ständig anwachsende Propagandawelle des südafrikanischen Regimes und seiner Auslandsvertretungen, die einerseits die fast totale Isolierung des Rassistenregimes in Pretoria durchbrechen andererseits die dringens benötigten weißen Einwanderer ins Land bringen soll, stößt auch in Österreich auf wachsenden Widerstand.

Wie die Redaktion inzwischen in Erfahrung bringen konnte, ist der im Bericht erwähnte Chemiker Gerhard Zeihsl Bezirksvertreter der FPÖ im XI.Bezirk. Er,und der Veranstalter, Karsten Eder, sowie die Referentin, Uta Spinka, kommen aus den Reihen der "Sudetendeutschen Jugend", einer revanchistischen und reaktionären Organisation.

Kampf gegen Studienverschlechterungen am Romanistischen Institut

Mit Beginn des Wintersemesters sahen sich die Romanistikstudenten mit empörenden Mißständen auf ihrem Institut konfrontiert:

- Die Übungen aus französischer Phonetik im Sprachlabor waren einfach ausgesetzt worden. 160 Studenten wurde dadurch die Möglichkeit genommen, eine Pflichtveranstaltung , die für den weiteren Studienfortgang nötig ist, zu absolvieren.
- Durch die Nichtbesetzung des Lektorats für Spanisch wurden weitere Studenten an der Aufnahme eines Studiums bzw. am Studienfortgang behindert.

In beiden Fällen verlieren viele Studenten mindestens ein Semester. Manche wechseln das Studium oder sind (aus materiellen Gründen) sogar zu Aufgabe ihres Studiums gezwungen.

In beiden Fällen handelt es sich zunächst nur um die Aussetzung oder Dispensierung von Lehraufträgen. Die Gründe dafür waren mehr oder weniger zufällig: Lektor Perales (Spanisch) wurde wegen amouröser Verbindungen zu einigen seiner Studentinnen suspendiert. Der Lehrauftrag von Mme Pollak (französisches Sprachlabor) wurde wegen ihrer ehelichen Verbindung mit Prof. Pollak, der als Ehemann nicht zugleich ihr dienstlicher Vorgesetzter sein darf, ausgesetzt.

Für die Studenten läuft die Sache in beiden Fällen auf einen indirekten Numerus Clausus hinaus. Es hat sich gezeigt, daß die Herren im Ministerium und von der Universitätsbürokratie zumindest vorübergehend an der Beschränkung des Zugangs zu den betreffenden Fächern auf dem romanistischen Institut interessiert sind. Die Aussetzung der beiden Lehraufträge kommt nicht ungelegen, um die Studentenzahl zu vermindern resp. ihr weiteres Ansteigen zu verhindern. Trotz verschiedener Proteste und Interventionen wurde der Übelstand nicht schleunigst abgeschafft sondern zumindest für das Wintersemester aufrechterhalten.

Am 8. November fand eine Hörerversammlung der Romanistikstudenten statt, die eine Protestresolution gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen am Institut beschloß. In der Resolution wird die Aufhebung der Studienbeschränkungen und insbesondere die sofortige Wiederaufnahme der Übungen im Sprachlabor verlangt. Außerdem wurde beschlossen, die Resolution mit Hilfe von ad hoc gebildeten Gruppen in den wichtigsten Lehrveranstaltungen am romanistischen Institut bekanntzumachen, zu diskutieren und zur Abstimmung zu bringen. Die Resolution wurde inzwischen in 19 Lehrveranstaltungen mit überwältigender Mehrheit (insgesamt eine Gegenstimme und einige Enthaltungen) und an Studienkommission, Dekanat und Bundesministerium geschickt. Durch diese Aktion wurde bei vielen Kollegen und Kollegien des Romanistischen Instituts das Interesse am Kampf gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen geweckt und vielen der studentenfeindliche Charakter der Maßnahmen des bürgerlichen Staats und der Universitätsbürokratie bewußtgemacht. Um die vorhandene Kampfbereitschaft vieler Romanistikstudenten zur Geltung zu bringen und um den Kampf fortzuführen und weiterzuverbreitern, bedarf es jetzt am Romanistischen Institut einer geeigneten Organisationsform. Das ist eine Institutsgruppe, die den Kämpfen Kontinuität verleiht und deren konsequente Führung ermöglicht.

Physikalisches Institut:

Bereits im vorigen Semester entzündete sich der Unmut der Physikstudenten an der Einführung des immanenten Prüfungscharakters in einem Anfängerpraktikum. Aber erst in diesem Semester gelang es der Institutsgruppe in den größten Lehrveranstaltungen und in Hörerversammlungen die Diskussion über die konkreten Auswirkungen der Hochschulreform am physikalischen Institut und über den Zweck und Inhalt der Physikausbildung überhaupt zu entfalten. Dadurch konnte vielen Kollegen der reaktionäre Charakter der ganzen Studienreform klar gemacht werden.

Besonders wichtig war es, den indirekten Numerus clausus, der durch die Verschärfung des Einführungskolloquiums - einer Vorbedingung für das Anfängerpraktikum - eingeführt wurde, in der Anfängervorlesung einzugreifen. Gerade die Äußerungen, zu denen sich die Professoren in

der offenen Auseinandersetzung vor den Hörern gezwungen sahen, trugen dazu bei, Illusionen bei den Kollegen abzubauen. Im Praktikum wurde ein Ausschuß gebildet, dessen Aufgabe es ist, möglichst viele Studenten für einen einheitlichen Kampf gegen die Verschärfungen in dieser Lehrveranstaltung und für demokratische Forderungen wie Abschaffung des immanenten Prüfungscharakters und wirklich öffentliche Prüfungen zu gewinnen.

Als Maßnahme gegen die vom Ministerium geplante Diplomstudienordnung, mit der der Rahmen für alle Reglementierungen und anderen Verschärfungen geschaffen werden soll, berief die IG für den 7.11. eine Hörerversammlung ein. In dieser Versammlung hob die Institutsgruppe die Funktion der neuen Studienordnung(STO) und anderer Reformmaßnahmen im Rahmen der kapitalistischen Hochschulreform hervor. In einem Aufruf an die Hörer, der auf der Versammlung beschlossen wurde, und in dem der vomMinisterium vorgelegte STO-Entwurf entschieden abgelehnt wurde, heißt es: "Diese Studienordnung - wie die gegenwärtige Reform der Physikausbildung überhaupt - bedeutet für die Studenten durch Erhöhung des Prüfungs- und Leistungsdrucks, durch Reglementierung des Studiums und Beschränkung des freien Zugangs zu Lehrveranstaltungen eine drastische Einschränkung der Möglichkeit, sich mit Inhalt, Form und Zweck der physikalischen Ausbildung auseinanderzusetzen....Dagegen müssen wir uns zu Wehr setzen! Wir fordern daher alle Studenten der Studienrichtung Physik auf, die Diskussion...in die betreffenden Lehrveranstaltungen zu tragen. Wir rufen die Studenten auf, diesen Reformmaßnahmen dort, wo sie sich konkret auswirken, entgegenzutreten." Dieser Aufruf wurde in den größten Vorlesungen vorgelesen und diskutiert.

Der Versuch reformistischer Instituts-und Studienkommissionsvertreter, eine Woche s später bei einer weiteren Hörerversammlung eine Resolution verabschieden zu lassen, in der die Studienordnung vom bürgerlichen Standpunkt angegriffen wird, weil sie die Qualität von Forschung und Lehre vermindere und den "sachlichen Reforminteressen der Studenten" widerspreche, scheiterte. In der Diskussion konnten die Hörer überzeugt werden, daß diese Resolution auf eine grundsätzliche Bejahung der kapitalistischen Hochschulreform hinauslaufen würde und daß man auf dieser Linie die Masse der Studenten nicht für einen Ka Kampf gegen die Reforminteressen des Kapitals vereinigen könne.

Da bei einer Reihe von Studenten der Wunsch bestand, die geplante STO auch in einer Resolution an das Ministerium abzulehnen, brachte die IG bei einer weiteren Hörerversammlung am 21.11. einen eigenen Entwurf ein. Der Text wurde im Wesentlichen unverändert angenommen. Die Resolution enthält unter anderem folgende Forderungen:"Freier Zugang zu allen Lehrveranstaltungen, weg mit jeder zwingenden Festlegung des Studienablaufs, weg mit der 6-Semester-Frist,weg mit der 3-Semester-Klausel, weg mit dem immanenten Prüfungscharakter aus allen Lehrveranstaltungen." Es wird klar darauf hingewiesen, daß die Studenten der Reform "in den einzelnen Lehrveranstaltungen ...und auf Ebene der Studienrichtung organisiert entgegentreten müssen" und dabei nicht auf "das Recht auf freie Diskussion in den Lehrveranstaltungen" verzichten werden.

Wenn wir auch heute noch zu schwach sind, den Beschluß der Studienordnung zu verhindern, so kommt es dennoch darauf an, durch Verbindung des Widerstandes gegen einzelne konkrete Auswirkungen der Reform mit dem Kampf gegen zentrale Maßnahmen wie die Studienordnung die Kampffront gegen die Ausbildung im Dienste des Kapitals an den physikalischen Instituten aufzubauen. ■

200 Sezierplätze zu wenig

Duch eine Zulassungsprüfung zum Sezierkurs sollen in diesem Jahr 220 Studenten rausgeprüft werden das ist ca. jeder fünfte.

Die Fakultätsgruppe Medizin beschloß, am 22.11. auf beiden anatomischen Lehrkanzeln in den Hauptvorlesungen diesen Mißstand zur Sprache zu bringen, den wahren Charakter der Zulassungsprüfung als Numerus clausus zu entlarven und einen weiteren Sezierkurs im Sommersemester zu fordern.

Professor Ferner, der bereits vor der demokratischen Bewegung der Heidelberger Studenten nach Wien geflüchtet war, bekam Wind von den geplanten Aktionen und griff zu einer Panikmaßnahme: er holte den Rektor in die Vorlesung. Offensichtlich hatte Ferner Angst, alleine den Studenten Rede und Antwort zu stehen. Aber die Fakultätsgruppe trat erst am folgenden Tag in seiner Vorlesung auf. Diesmal versuchte er sich anders zu helfen und schritt zur offenen Repression. Er postierte seine Wachhunde an den Hörsaaltüren, die nur Medizinstudenten mit Ausweis passieren ließen. Danach wurden die Türen zugesperrt. Sogar einem Demonstrator derselben Lehrkanzel wurde der Eingang verwehrt, weil er keinen Ausweis bei sich hatte. In der Vorlesung begründete Professor Ferner diese Ausweiskontrolle damit, daß "Politologen und Soziologen gesehen worden seien."

Diese panischen Aktionen zeigen die Angst der Professoren vor der Kritik und den berechtigten Forderungen der Studenten. Beim zweiten Mal holte er nicht den Rektor, sondern den Fachschaftsleiter und ÖSU-Mandatar Romeo Reichel. Mit Hilfe der abwieglerischen Argumentation dieses feinen Studentenvertreters hoffte Ferner, die selbständige Diskussion der Kollegen besser abwürgen zu können. Doch die Mehrheit der Studenten ließ sich nicht täuschen und setzte die Diskussion nach der Vorlesung fort.

Professor Ferner verwies auf seine angeblichen Bemühungen, mehr Sezierplätze für die Studenten zu schaffen. Die Aufforderung als erster bei der Unterschriftenaktion für einen Sommersezierkurs zu unterzeichnen lehnte er jedoch glatt mit der Begründung ab: "Ich lasse mich nicht erpressen." Solche Vorkommnisse lassen den reaktionären Charakter der Medizinerausbildung immer deutlicher hervortreten. Der Kampf der Medizinstudenten geht weiter!

Der Lerntechnikkurs der ÖH - ein weiterer Akt der Unterstützung der Hochschulreform

Mitte November hat die Fachschaft Philosophie an der Universität ein Flugblatt verteilen lassen, in dem sie zur Teilnahme an einem "Lerntechnikkurs" aufruft. Der Kurs soll von einem Assistenten des Psychologischen Instituts durchgeführt werden . Die Studenten sollen in diesem Kurs Methoden lernen, "die bei möglichst geringem Aufwand und angenehmer Lernsituation einen größtmöglichen Erfolg" gewährleisten sollen. Damit setzt die von der ÖSU beherrschte ÖH ihren Weg der konsequenten Unterstützung der monopolkapitalistischen Hochschulreform fort.

Außer bei Zulassungsbeschränkungen zu Lehrveranstaltungen, neuen Studienplänen, die für die Studenten mehr an Prüfungen bringen, außer durch Festsetzung der Höchststudeindauer für die einzelnen Fächer etc. wird der Charakter der Hochschulreform den Studenten besonders bei Prüfungsverschärfungen klar und deutlich. Wenn sie merken, daß Prüfungen, die früher als "leicht" gegolten haben, plötzlich nur mehr mit beträchtlichem Mehraufwand absolviert werden können, wenn neue Prüfungen eingeführt werden, wenn dort, wo früher nur ein begrenzter Stoff geprüft wurde,nun prinzipiell alles mögliche geprüft werden kann.

Daß angesichts dieser Verschärfungen die meisten Studenten Angst vor Prüfungen bekommen, und in größerem Ausmaß als dies früher der Fall war, wird jeder verstehen, der selbst schon das sprichwörtliche Bauchweh gehabt hat, wenn er zu einer Prüfung gegangen ist, und keinen einzigen Satz herausgebracht hat, obwohl er eigentlich auf die Prüfungsfrage eine Antwort gewußt hätte. Diese Prüfungsangst ist bei jenen Studenten besonders groß, bei denen der Prüfungserfolg entscheidet, ob sie weiter ein Stipendium bekommen. Sie ist auch bei jenen besonders groß, die neben dem Studium Geld verdienen müssen, die also von vornherein wenig Zeit zum Lernen haben.

Was macht jedoch die ÖH dagegen? Sie veranstaltet einen Kurs, in dem jeder seine "Technik" beim Lernen verbessern soll, noch dazu mit den Mitteln der bürgerlichen "Wissenschaft". Sie verspricht allen jenen, die diesen Kurs absolviert haben, "weniger Lernarbeit", was angesichts der steigenden Zahl der Prüfungen und des zunehmenden Prüfungsstoffes blanker Hohn ist.Sie redet den Studenten ein, daß ihnen nach Besuch dieses Kurses "bessere Leistungen" gelingen werden, es wird ihnen "größerer Erfolg" versprochen. Als ob es bei allen jenen Vorlesungen, in denen heute schon feste Durchfallsquoten festgelegt sind, nicht gleichgültig ist ob einer viel oder wenig ge lernt hat. Und eine "bessere Lernmotivation" wird sich auch dann nicht einstellen können, wenn man sich das Lernen besser einteilt. Besonders für die Studenten nicht, die sich von ihrem Studium andere Inhalte erwarten als die Ideologien, die durch die bürgerlichen Wissenschaften vermittelt werden.

Welche Funktion erfüllt aber so ein "Kurs", wenn er schon nicht imstande ist, tatsächlich die Ängste vor Prüfungen abzubauen? Zum einen versucht die ÖH den Studenten einzureden, daß sie selber daran sc schuld sind, wenn sie Schwierigkeiten bei Prüfungen haben. Sie lernen halt schlecht. Zum anderen dient dieser Kurs tatsächlich dazu, daß sich die Studenten in kürzerer Zeit m mehr von den Inhalten der bürgerlichen Wissenschaft aneignen und sich womöglich nicht kritisch damit auseinandersezen.

Damit stellt sich die ÖH wieder einmal in den Dienst jener, die die Hochschulreform an den Instituten betreiben - des Ministeriums, der Ordinarien,etc. d.h. derjenigen, welche die ÖH mit ihrem Mitbestimmungsgeschrei zu bekämpfen vorgibt. Sie dient damit allen jenen Kräften, die ein echts Interesse daran haben, daß die Ausbildung für den Staat billiger wird, daß aber gleichzeitig die Studenten in kürzerer Zeit mehr an bürgerlicher Ideologie eingetrichtert bekommen.

Entschärfung des Abtreibungs-Paragraphen

Vor wenigen Tagen hat die SP als Regierungspartei die Liberalisierung der Abtreibung faktisch beschlossen, die Durchsetzung dieses Beschlusses im Parlament ist nur noch ein formaler Akt. Um als Kommunisten die Auswirkungen dieser Maßnahme für das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat richtig einschätzen zu können, müssen wir einerseits die politischen Bedingungen, den Charakter der SP-Regierung genauer betrachten, andererseits auch untersuchen, welchen Belastungen die Frau - und vor allem die arbeitende Frau - durch Schwangerschaft, Geburt und Kindererziehung ausgesetzt ist, welche Veränderungen ihrer Lage durch die Lockerung des Abtreibungsverbotes eintritt.

Alle Formen der Unterdrükkung, denen die werktätige Frau in der kapitalistischen Gesellschaft ausgesetzt ist, erfahren durch eine Schwangerschaft eine radikale Verschärfung:
+ die finanzielle Belstung nimmt zu, denn die Mutterschutzzeit, in der das volle Karenzgeld ausgezahlt wird, ist kurz. Familien von Arbeitern und kleinen Angestellten, die auf den Doppelverdienst angewiesen sind, müssen in der Folge der Geburt eines Kindes erhebliche Einbußen ihres bisherigen Lebensniveaus in Kauf nehmen. Alleinstehende berufstätige Frauen können sich den Wunsch nach einem Kind meist überhaupt nicht leisten. Der einzige Ausweg ist die Abtreibung, die bisher ebenfalls ein großes Loch in das Budget riß.
+die Abtreibung aber setzte die Frauen bislang unter verstärkten psychischen und physischen Druck. Einmal stürzte sie die überkommene Ideologie von der wahren Berufung der Frau als Mutter, der einzigen Verwirklichungsmöglichkeit der Frau in der Mutterrolle, in ungeheure Gewissenskonflikte, zum anderen brachte die Abtreibung bei Kurpfuschern und "Engelmacherinnen" die drohende Gefahr von schweren Gesundheitsschäden mit sich.
+ mit der Abtreibung war bisher auch die Gefahr der Kriminalisierung eng verbunden. Wenn der Prozentsatz der strafrechtlich Verfolgten auch sehr gering war, so handelte es sich dennoch um eine Gesetzesübertretung, deren Folgen nicht absehbar waren.

Was ändert sich nun durch die kommende Liberalisierung des § 144?
+ die Gefahr der Kriminalisierung fällt in entscheidendem Maße weg. Jede Frau kann in den ersten drei Monaten eine unerwünschte Schwangerschaft unterbrechen lassen, ohne strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt zu sein.
+ Durch die Entkriminalisierung wird die Abtreibung ihrer gesundheitsschädigenden Folgen weitgehend beraubt, denn der Weg zum Kurpfuscher wird für die meisten, wenn auch sicher nicht für alle (die Kosten einer legalen Abtreibung sind immer noch Kosten) nicht mehr notwendig.
+ die Diskriminierung durch die"öffentliche Meinung", der Gewissenskonflikt für jede einzelne Frau , gegen die herrschende Moral zu verstossen, bleibt bestehen. Durch die Behauptung, bei der Abtreibung handle es sich um keinen Krankheitsfall, sondern um einen "Luxus", wird die Tatsache verschleiert, daß der Entschluß, eine Abtreibung vorzunehmen, meist gar keine "freie" Entscheidung ist, sondern für viele werktätige Frauen der einzige Ausweg aus einer nicht anders bewältigbaren Situation.

Durch die Einführung der Fristenlösung, mit der der § 144 gelockert wird, ändert sich nichts Entscheidendes an den Bedingungen, die viele Frauen zur Abtreibung als einzigen Ausweg zwingen: sie verschafft nicht jeder Frau das Recht, "selbst zu bestimmen, ob, wann und wieviele Kinder sie haben will" (Flugblatt der Aktionseinheit zur Demonstration 'Für die Abschaffung des § 144'), gerade diese Entscheidungsmöglichkeit kann ihr das kapitalistische System nicht bieten, indem es keinen ausreichenden Karenzurlaub gewährt, keine Sicherheit des Arbeitsplatzes, keine ausreichende Einrichtung von Kinderkrippen, Kindergärten u.v.a.m.

Die Lockerung des § 144 bedeutet daher eine gewisse Verbesserung der Lage der Frau, sie tastet aber die besondere Unterdrückung der Frau, die ihren Ausdruck findet in der Geringschätzung und Unterbezahlung ihrer gesellschaftlichen Arbeit, in der Doppelbelastung durch Lohn- und Hausarbeit, in der Degradierung zur Haussklavin, nicht an.

Der Kapitalismus war es, der die Frauen von der Haussklaverei befreite, um sie in die Ketten der Ausbeutung in der Fabrik zu legen. Die große Industrie mit ihren Maschinen verschaffte den Kapitalisten die Möglichkeit, die Rechtlosigkeit und gesellschaftliche Geringschätzung der Frauen auszunutzen, um aus diesem Heer der Wehrlosen durch niedrigste Löhne ungeheure Profite zu ziehen. Die patriarchalische Ideologie von der Beschränktheit der Frau, ihrer Berufung als Hausfrau und Mutter, erleichterte die Spaltung der Arbeiterklasse, degradierte die Arbeiterinnen tatsächlich zum zurückgebliebensten Teil des Proletariats.

Die Fristenlösung - ein Instrument zur Festigung von reformistischen Illusionen

Die Liberalisierung der Abtreibung geht heute vor allem auf das Konto der SP-Regierung. Als konsequenteste Vertreterin der Bourgeoisie will sie alle jene Barrieren beseitigen, die die möglichst reibungslose Einbeziehung eines riesigen Arbeitskräftepotentials in den Produktionsprozeß erschweren. Der § 144, der in seiner bisherigen Fassung aus dem österreichischen

Strafgesetz von 1852 stammt, ist eine solche Barriere: jede berufstätige Frau ist durch Schwangerschaft, Geburt und Karenzurlaub für viele Monate von ihrem Arbeitsplatz "freigestellt", der Ausfall ihrer Arbeitskraft bedeutet für den Kapitalisten einen beträchtlichen Verlust.

Nur daher ist es zu verstehen, daß das Abtreibungsverbot alljährlich von zehntausenden Frauen unterlaufen werden konnte, daß die Zahl der Verurteilungen vergleichsweise minimal ist (im Jahr 1967 gab es 195 Verurteilungen nach dem § 144). Die Bourgeoisie kann sich die Verfolgung der Gesetzesbrecherinnen nicht leisten. Täglich werden in die Spitäler Dutzende Fälle eingeliefert, die von den Ärzten einwandfrei als Nachfolgeerscheinungen einer Abtreibung diagnostiziert werden können - ohne daß Anzeige erstattet wird.

Obwohl das Abtreibungsverbot für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystems keinesfalls notwendig ist, ja sogar eine zum Teil hemmende Funktion hat, treten die reaktionärsten bürgerlichen Kreise für seine strikte Beibehaltung ein. Für sie geht es bei der Abschaffung des § 144 "um einen grundsätzlichen weltanschaulichen Punkt" (ÖVP-Klubobmann Koren, laut Kurier vom 14. Nov. 73), das heißt, sie halten den § 144 weiterhin für ein probates Mittel zur Spaltung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Das Abtreibungsverbot soll die Glorifizierung der Mutter- und Hausfrauenrolle festigen, soll die Frau auf ihre "naturgemäße", "biologische" Anlage reduzieren, ihre Berufstätigkeit zum notwendigen Übel neben ihrer "wahren Berufung" als Mutter stempeln. So soll die Arbeiterfrau, ihrer materiellen Lage nach Lohnsklavin und Teil der Arbeiterklasse, in ihrem Bewußtsein auf die Rolle der Haussklavin fixiert werden, um sie von ihren männlichen Klassengenossen zu isolieren, die gemeinsame Wurzel der Unterdrückung zu verschleiern.

Weil dieser Ideologie die materielle Basis immer mehr entzogen ist, indem die Frauen massenhaft in den Arbeitsprozeß einbezogen sind, kann die SP hier in demagogischer Weise an dem zunehmenden Unmut anknüpfen, den für die Bourgeoisie selbst anachronistischen § 144 weitgehend lockern - und sich dabei gleichzeitig den Massen als fortschrittliche Partei präsentieren. Sie vertritt eine "moderne" Variante der Spaltung der Arbeiterklasse, die Ideologie der Klassenzusammenarbeit und Sozialpartnerschaft, und mit dem Instrument der bürgerlichen Gewerkschaftsführung hat sie dafür auch ein geeignetes Mittel in der Hand. Wieder einmal - wie schon bei der Hochschulreform - steht sie als "fortschrittliche Kraft" dem sogenannten Rechtskartell gegenüber, und versucht davon abzulenken, daß sie in allen wesentlichen Fragen eine volksfeindliche und undemokratische Politik macht.

Sie ist es, die mit Hilfe der Lohnsteuerprogression die Lohnabhängigen schamlos ausplündert, sie hat die Mehrwertsteuer eingeführt, durch die die Kapitalisten die ständigen Preiserhöhungen auf die "Konsumenten", vor allem also auf die werktätigen Massen abwälzen können. Sie plant mit der Einführung einer Gesundheitssteuer die Überwälzung der gestiegenen Kosten für die Gesundheitsversorgung auf die Arbeiter und Angestellten. Minister Häuser hat im Zusammenhang mit der ASVG-Novelle schon häufig auf die Notwendigkeit eines "Selbstbehaltes" der Krankenversicherten hingewiesen. Die SP war es, die vor etwa einem Jahr das sogenannte Stabilisierungspaket auf die Tagesordnung setzte, jene Maßnahme, durch die die "Stabilisierung" der Löhne der Werktätigen zu Gunsten der Profite der Kapitalisten durchgesetzt wurde. Bei all diesen Angriffen auf das Lebensniveau der Arbeiter und kleinen Angestellten ist die SP-Regierung federführend, betreibt sie in allen Bereichen die Sicherung der Ausbeuterherrschaft, die Niederhaltung des Volkes. Gerade die materielle Belastung wirkt sich drückend auf die "Familienplanung" der Werktätigen aus, durch sie werden Kinder zu einem "Luxusartikel", den sich die arbeitende Frau kaum leisten kann.

Emanzipation der Frau heißt Kampf um den Sozialismus

Daß eine Kampagne für die Abschaffung des § 144 die soziale Demagogie der SP-Regierung nicht entlarven kann, sondern im Gegenteil zu ihrer Festigung beitragen muß, war die zentrale Begründung der MLS für ihre Nichtteilnahme an der Demonstration, die fortschrittliche Organisationen Anfang November durchführten. Wir schrieben in einem Flugblatt: "Die Einführung der Fristenlösung ist

zu begrüßen, da sie eine Verbesserung der Lage der Frauen bedeutet. Diese Maßnahme beseitigt nur ein besonders krasses Unrecht..... Obwohl wir für die ersatzlose Streichung des § 144 eintreten, halten wir es nicht für richtig, in einer Situation zu Kampfaktionen aufzurufen, in der die SP-Regierung an die weitgehende Lockerung dieses Paragraphen geht. Denn das lenkt das Interesse und die Aktivität der Massen auf eine Maßnahme der SP-Regierung, mit der sie sich als fortschrittliche Kraft darzustellen versucht, die dem sogenannten Rechtskartell gegenübersteht."

Wenn diese Begründung, die wir sowohl bei der Aktionseinheitssitzung als auch bei einem Teach-in ausführten, auch richtig war, so war sie dennoch nicht ausreichend. Es war uns nicht gelungen, das herauszuarbeiten, was wir mit diesem Artikel versucht haben: daß der Kampf gegen die Unterdrückung der Frau durch den Kampf für die Abschaffung des § 144 nicht weitergetrieben wird. Die Liberalisierung dieses Paragraphen beseitigt nur einen Auswuchs des bürgerlichen Strafrechts, sie legt aber weder die Wurzel der Unterdrückung im Ausbeutungssystem bloß, noch bewirkt sie eine entscheidende Verbesserung der Lage der werktätigen Frauen innerhalb dieses Systems.

Wir Kommunisten lehnen den Kampf um Reformen keineswegs prinzipiell ab, wir kämpfen aber nur für eine solche Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen, die ihre Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, erhöht. Wir unterstützen alle jene Forderungen, die die Aufhebung der Spaltung der Arbeiterklasse und des Volkes vorantreiben, darunter a auch jene, die sich gegen die besondere Unterdrückung der Frau richten. Diese Forderungen reichen von der Abschaffung der besonderen Bewertung der Frauenarbeit über ausreichenden Karenzurlaub bis zur Einrichtung von unentgeltlichen Kinderkrippen und Kindergärten. Alle diese Maßnahmen schaffen die Unterdrückung und Ausbeutung der Frau nicht ab, sondern bewahren die arbeitende Frau vor körperlicher und geistiger Degradation, befähigen sie besser, mit dem Mann gemeinsam den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung aufzunehmen.

Der Mangel in unserer Argumentation zeigte sich gerade in der Konfrontation mit jenen illusionären "Emanzipations"-vorstellungen, die die Demonstration für die Abschaffung des § 144 trugen. Sie sehen die "Befreiung der Frau" als ein klassenunspezifisches Problem, als eine vom Mann gesonderte. So kommt die Unterscheidung zwischen "armer" und "reicher" Frau im Flugblatt der Aktionseinheit gerade noch vor, aber sie wirkt wie ein fortschrittliches Feigenblatt auf dem "Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Frau" (Flugblatt der Aktionseinheit). Diese Ausrichtung der Demonstration mußte notwendig dazu führen, Illusionen über die Reformfreudigkeit der SP (die der Forderung der Demonstranten durch die Einführung der Fristenlösung doch auf halbem Weg entgegenkam), über die Reformierbarkeit des kapitalistischen Systems überhaupt zu verstärken, weil sie gerade nicht zeigt, daß die massiven Angriffe, die die SP-Regierung heute auf die werktätige Bevölkerung durchführt, Männer und Frauen auf die gleiche Weise treffen und nur von ihnen gemeinsam bekämpft werden können. Daß die besondere Unterdrückung der Frau gerade nicht aufgehoben werden kann durch den Kampf um die "Emanzipatione der Frau", sondern durch den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung insgesamt, die heute Ursache jeglicher Unterdrückung ist.

PÄDAK: Erfolg im Kampf gegen Verschärfung der Anwesenheitspflicht

Mitte Oktober erfuhren die ca. 500 Studenten der Pädagogischen Akademie in Wien (Volks- und Hauptschullehrerausbildung) vorerst durch Gerüchte, daß die Anwesenheitspflicht noch rigider gestaltet werden soll. Die Anwesenheit der Studenten, die ständig kontrolliert wird, ist eine Voraussetzung dafür, daß ihnen die entsprechenden Lehrveranstaltungen angerechnet werden. Durch diese Maßnahme brach die Empörung der Studenten, die es schon seit langem und über die verschiedensten Seiten der Lehrerausbildung gibt, offen hervor. In zwei Hörerversammlungen, an denen je 400 Studenten teilnahmen, demonstrierten die Kollegen ihre Kampfentschlossenheit. Sie stellten einheitliche Forderungen auf und bestimmten eine Delegation, die darüber mit dem Ministerium verhandeln sollte Das einheitliche und entschlossene Vorgehen führte schließlich zum Erfolg: Das Ministerium zog es vor, die Verschärfungen vorläufig zurückzunehmen.

Bisher hatte sich die Anwesenheitspflicht nur auf Seminare und Übungen bezogen, bis zur Hälfte der gehaltenen Seminar- und Übungsstunden durfte man fehlen. Ab einem Drittel Fehlzeit bis zur Hälfte war die Anrechenbarkeit der Lehrveranstaltung von einer Testurprüfung abhängig, unabhängig von der in jedem Fall notwendigen Prüfung über den Stoff der Lehrveranstaltung. Die neue Verschärfung hätte bedeutet: Die Kollegen dürfen nur mehr bei einem Drittel der Stunden fehlen, ab einer Fehlstunde kann bereits eine Testurprüfung gefordert werden und die Präsenzkontrollen erstrecken sich auch auf Vorlesungen, was einer nahezu völligen Anwesenheitspflicht gleichkommt.

Durch solche Maßnahmen - die Ausweitung der Anwesenheitspflicht ist nur eine davon - wird die Lehrerausbildung zunehmend Formen unterworfen, wie sie die ausgebildeten Lehrer in der Schule vorfinden: Verstärkung der Kontrolle und des Prüfungsdrucks, Eintrichtern der Lehrinhalte und damit Ausschaltung der inhaltlichen Aus-

einandersetzung und der Kritik. So werden die Studenten in adäquater Weise auf die Erfordernisse ihres späteren Berufs vorbereitet.

Das bestehende Ausbildungssystem und in ihm die Tätigkeit des Lehrers dient den Erfordernissen der kapitalistischen Ausbeutung. Das bedeutet, daß die Ausbildung der Schüler darin bestehen muß, sie mit jenen Qualifikationen auszustatten, die den Anforderungen des Kapitals an die Arbeitskräfte entsprechen,und den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit zu verschleiern.

Der Lehrer hat die Aufgabe, die Indoktrination der Schüler in Form direkter persönlicher Unterdrückung durchzusetzen. Um diese Funktion des Lehrers zu gewährleisten, muß er in seiner Ausbildung die Inhalte der bürgerlichen Ideologie zu seinen eigenen Ansichten machen und der Unterdrückung und Disziplinierung unterworfen werden, die er später selbst gegenüber den Schülern ausüben soll.

Indem die Studenten an der PädAk den Kampf gegen die weitere Verschärfung ihrer Studienbedingungen aufnehmen, beginnen sie sich auch über den Zweck ihrer ganzen Ausbildung Klarheit zu verschaffen.

Die Studenten zeigen ihre Kampfentschlossenheit

Am 17.10. gab es einen Anschlag, der eigentlich nur einige "interessierte" Leute zu einer Zusammenkunft wegen der ("unverständlichen") Verschärfung einlud. Aber diese Zusammenkunft war jetzt die Gelegenheit für die Studenten, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Es bedurfte nur noch der Mundpropaganda, um 400 Studenten zusammenzubringen.

Die neuerliche Verschärfung der Anwesenheitspflicht war der Kristallisationspunkt der Empörung über die Studienbedingungen. Obwohl die Verschärfung formal nur die ersten Semester betraf kam auch die überwiegende Mehrzahl der Höhersemestrigen. Sie wußten genau, daß ihnen im Grunde auch dasselbe bevorstand und sahen die Notwendigkeit der Solidarität.

Es wurde klar, daß durch die dauernde Verstärkung des Drucks auf die Studenten ihre Zersplitterung und Vereinzelung vorangetrieben werden und eine Atmosphäre des Duckmäusertums geschaffen werden soll. Das ist der allgemeine Rahmen, in dem eine Ausbildung effektiver und reibungsloser ablaufen soll, gegen die sich unter den Pädak-Studenten immer größerer Unmut breitmacht.

In diesem Jahr waren die Studienanfänger in 17 Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe hat einen Stundenplan von 30 Stunden. Trotz des dauernden Zusammenseins haben die Studenten keine Gelegenheit irgendwelche Erfahrungen auszutauschen, Konflikte zu verallgemeinern und ein gemeinsames Vorgehen zu bestimmen. In den Lehrveranstaltungen sind alle vereinzelt, weil durch den starken Druck - Zuhören, Mitkommen, Mitschreiben - jeder mit sich selbst beschäftigt ist. Die einzige Möglichkeit sich über den Druck, unter dem alle stehen, zu verständigen, die 3 bis 10 Minuten Pause, sind ausgefüllt durch das Hin- und Herwandern zwischen den Hörsälen. Erträgt man diesen extremen Druck einmal für ein Semester (im ersten ist die Drop-out-Rate am höchsten), so weicht die Angst der resignativen Flucht, man trachtet danach sooft wie möglich zu fehlen, schwindelt bei den Präsenzkontrollen und entzieht sich den reaktionären Inhalten durch Gleichgültigkeit.

Diese Zersplitterung,Spaltung der Studenten bildet die Grundlage für die Durchsetzung weiterer Verschärfungen, weiterer "Reform- und Effektivierungsmaßnahmen", Denn in den Lehrveranstaltungen, wo die Studenten solche Maßnahmen direkt zu spüren bekommen, stehen sie den Professoren, die für die Durchführung der ERlässe des Ministeriums sorgen mehr oder weniger allein und deshalb hilflos gegenüber.

Die "mildere" und "schärfere" Handhabung der Präsenzkontrollen, die Willkür in der Handhabung solcher Bestimmungen durch die einzelnen Lehrkräfte, die sich für die Studenten als Ausgeliefertsein an "bösere" Professoren darstellt, ist nur ein anderer Ausdruck der Situation der Ohnmacht und Zersplitterung. Dieser Zustand war durch die spontane Versammlung gerade durchbrochen worden. Das wurde die erste Voraussetzung für den Erfolg.

Es wurde auch herauszuarbeiten versucht, daß die neue Bestimmung zur Anwesenheitspflicht kein undemokratischer Ausrutscher des Unterrichtsministeriums war, sondern nur eine der vielen undemokratischen Maßnahmen des volksfeindlichen Ministeriums.

Nach dieser Versammlung wurde zur weiteren Diskussion des Vorgehens und zur Information aller Studenten ein Flugblatt verteilt. Das Flugblatt rief alle Studenten auf, die Forderungen an das Ministerium auf einer weiteren Hörerversammlung gemeinsam festzulegen und die nächsten Schritte zu bestimmen.

Zu dieser zweiten Hörerversammlung am Mittwoch den 24.10. kamen wieder ca. 400 Kollegen. Die im Flugblatt aufgestellten Forderungen wurden von allen akzeptiert und als Grundlage für das Auftreten einer Delegation beim Ministerium gebilligt:

"-Abschaffung der Bestimmung, die die Anzahl der Fehlstunden auf 1/3 einschränkt !

- Abschaffung der Testurpr+

- Abschaffung der Testurprüfung, die auf der Willkür des Professors beruht !

- Abschaffung der Anwesenheitskontrollen in Vorlesungen ! "

Für den Fall, daß das Ministerium die Delegation nicht empfangen sollte, wurde ein eintätiger Warnstreik beschlossen. Am nächsten Tag empfing das Ministerium die Delegation. Das war der erste Erfolg des einheitlichen Vorgehens und der Kampfentschlossenheit der großen Mehrzahl der Kollegen.

Im Ministerium bekam die Delegation vorerst keinerlei verbindliche Zusage. Art und Zeitpunkt der Entscheidung blieben im Dunkeln. Während die

Verschärfung in den Sommerferien hinter dem Rücken der Studenten beschlossen worden war, wurde der Empfang der Delegation jetzt - wie gnädig ! - als "Gewährung von Mitsprache" dargestellt.

Um die Situation jedoch nicht weiter zu eskalieren und die Bewegung unter den Studenten nicht anzustacheln, entschloß sich das Ministerium dann doch, die Verschärfung vorerst zurückzunehmen. Sämtliche Forderungen der Hörerversammlung wurden erfüllt!

Welche Taktik führt zum Erfolg?

Die Art des Vorgehens, wie sie die Studentenvertretung einzuschlagen versuchte, - Bittgesuche an das Ministerium und Berufung auf Gesetztesparagraphen - wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Der einzige selbständige Schritt, den die Studentenvertretung setzte, war ein Brief an das Ministerium und die Vereinbarung eines Termins mit den Bundesländervertretungen für einen eintägigen Warnstreik und zwar für einen Zeitpunkt, der ca. einen Monat entfernt liegen sollte. Der Brief, der ohne Rücksprache mit den Studenten zustande kam, war eine Anbiederung: Die Maßnahme widerspreche doch der Demokratisierung der Schule und möge wegen pädagogischer Unzweckmäßigkeit zurückgenommen werden. Wäre es dabei geblieben, so hätte das Ministerium einfach den Brief mit der Bemerkung zurückgeschickt, es lasse sich nicht erpressen und die Studentenvertreter mögen sich gefälligst an ihre "Friedenspflicht" halten. Genauso ist das Ministerium in den Bundesländern vorgegangen.

Es ist völlig sinnlos, die Ministerialbürokraten darauf hinzuweisen, daß ihre Erlässe die Demokratisierung des Ausbildungswesens nicht fördern, - sie sind sich nämlich über den Charakter und die Konsequenzen ihrer Beschlüsse meist recht genau im klaren. Eine Studentenvertretung, die ihre Arbeit nicht darauf ausrichtet, die Masse der Studenten zu mobilisieren und zu organisieren, kann sich jedoch nur auf Gesetzesparagraphen berufen oder an den guten Willen des Ministeriums appelieren. Da sie im Grunde genommen nur sich selbst repräsentiert und sich nicht auf die reale Kraft der Studenten stützen kann, muß sie zum Spielball - ja zum Handlanger - des Ministeriums werden.

So eine Taktik ermutigt die Ministerialbürokratie nur zu noch frecherem Vorgehen, da sie die mangelnde Bewußtheit und Kampfentschlossenheit der Studenten dokumentiert. Mögen es die Studentenvertreter auch subjektiv ehrlich meinen - sie führen die Studenten in eine Sackgasse und verstärken ihre REsignation. Was die Urhaber der Verschärfungen und diejenigen, die für ihre unmittelbare Durchführung sorgen, wirklich fürchten, ist das einheitliche und entschlossene Vorgehen der Studenten, die Demonstration ihrer Kampfentschlossenheit. Genau diesen Weg hat die Masse der Studenten beschritten, auch ohne aktives Zutun der Studentenvertretung.

Auf neue Angriffe gefaßt sein !

Diese Kampagne war ein Erfolg, aber weitere Angriffe sind zu erwarten. Ab Jänner tritt eine neue Studienordnung in Kraft. Da sich die Tendenz zur Verschärfung der Studienbedingungen an der Pädak immer klarer abzeichnet, ist zu erwarten, daß auch die neue Studienordnung als ganzes auf eine weitere Vergrößerung des Drucks hinauslaufen wird: auf "bessere" Selektion, effektivere Leistungskontrolle und damit wirksamere Unterdrückung jeder ernstzunehmenden Kritik. Diese Aspekte sind untrennbar mit den Anforderungen verbunden, die heute in den Schulen an die Lehrer gestellt werden.

Über den Inhalt und die Funktion dieser neuen StO muß man sich heute schon Klarheit verschaffen, nicht um "mitsprechen" zu können, sondern um auf die Angriffe gefaßt zu sein und den Kampf dagegen wirksam organisieren zu können. Nur wenn es gelingt, die Diskussion darüber in die einzelnen Gruppen zu tragen und damit der Zersplitterung wirkungsvoll entgegenzutreten, kann der gemeinsame Kampf gegen die Verschärfung der Studienbedingungen organisiert werden. Nur so wird die spontane Empörung, die nach der Kampagne wieder zum größten Teil in sich zusammengebrochen ist, dem bewußten und organisierten Widerstand der Studenten weichen !

DIE VERSCHLECHTERUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN DER WERKTÄTIGEN UND DIE BUDGETPOLITISCHEN MASSNAHMEN DER REGIERUNG

Die letzten Tarifabschlüsse brachten den österreichischen Arbeitern und Angestellten keine ausreichende Abgeltung dür die vorangegangenen Preissteigerungen. Inzwischen geht die Preistreiberei unvermindert weiter und wird im nächsten Jahr mindestens so stark wie im Jahre 1973 sein (7-8%). Der Finanzminister hat in seiner Budgetrede vom 22.Oktober ein neues Stabilisierungsabkommen angekündigt, das die Politik des Lohnraubs weiterhin institutionell absichern soll! Darüberhinaus wird die Auspressung der Werktätigen durch Steuern und Abgaben enorm verschärft! Für die Finanzierung der Staatsgeschäfte der Kapitalisten werden zunehmend die Massensteuern (Lohnsteuer, Mehrwertsteuer) herangezogen. Allein im gegenwärtig im Parlament behandelten Budgetvorschlag für 1974 ist eine Vermehrung der Staatseinkünfte aus der Lohn-, Mehrwert- und anderen Verbrauchssteuern von ungefähr 30 Milliarden Schilling vorgesehen!

Erfolg der Stabilisierungspolitik der Regierung?

Betrug laut offiziellem Verbraucherpreisindex die Preissteigerungsrate 1972 6,3%,wird sie heuer zwischen 7 und 8% betragen. Dabei kommt darin die wirkliche Mehrbelastung eines Arbeiterhaushalts nicht zum Ausdruck, sie wird vielmehr verzerrt und heruntergespielt. Der Indexrechnung liegt nämlich ein Warenkorb einer österreichischen "Durchschnittsfamilie" mit etwa S 6000,-- Haushaltsgeld zugrunde, in dem die wichtigen Güter des täglichen Bedarfs im allgemeinen einen geringeren Bestandteil bilden als dies bei einer gleich großen Arbeiterfamilie in Wirklichkeit der Fall ist. Denn wlche Arbeiterfamilie hat schon S 6000,-- Haushaltsgeld zu ihrer Verfügung? Je ärmer aber die Leute und je mehr ihnen durch die Preistreiberei, durch die Erhöhung von Abgaben und Steuern an Kaufkraft genommen wird, einen umso größeren Teil ihres Einkommens müssen sie für Nahrung und Wohnung ausgeben. Gerade die Preise dieser Warengruppen steigen aber überdurchschnittlich schnell. So sind von Oktober 72 bis Oktober 73 gestiegen:

Kartoffel..............22,3%
Fleisch................ 9,4%
Geflügel...............11,6%
Gemüse.................12,7%
Strom..................16,3%
Wohnung................13,5%
Wohnungsinstandhaltung...22,5%

Von einem Abflauen der Inflation kann keine Rede sein. Al-



lein die horrende Preiserhöhung bei Treibstoff und Ofenheizöl bedeuten für einen Haushalt, der einen Kleinwagen besitzt und nur einen Raum mit Öl zu heizen hat eine monatliche Mehrbelastung von mindestens S 200,--. Das ist etwa die Hälfte der durchschnittlichen Lohnerhöhungen bei den Metallarbeitern nach dem Tarifvertragsabschluß vom August ! Für 67% dieser Erhöhung zeichnet der Staat verantwortlich, der allein bei Benzin um über 1 Milliarde S mehr an Mineralölsteuer und Mehrwertsteuer kassiert - auch hier eine hausgemachte Inflation also!

Allein im Oktober stiegen die Preise für Nahrungsmittel um 1,3%,für Beleuchtung und Beheizung um 2,4%, die Mietzinse um 1,8% usw. Insgesamt ergibt sich eine Monatsrate von 1,4%, was umgerechnet auf ein ganzes Jahr fast 17% ergäbe!

Und für die nächsten Wochen und Monate haben die Kapitalisten und ihre Vertreter in Regierung und Gemeinden eine ganze Lawine von Preis-, Gebühren- und Tariferhöhungen - angefangen bei den Nahrungsmitteln über Transportleistungen bis zu den Metallwaren - bereits angekündigt.

"Außergewöhliche Wohlstandsmehrung in Østerreich"?

Während der bisherigen Amtszeit der Regierung Kreisky erlebte die österreichische Wirtschaft eine ziemlich ungebrochene Hochkonjunktur, insbesondere eine rasche Expansion der Industrie, in der Fortschritte bei der Überwindung von Strukturschwächen (Umstellung auf die Erzeugung anderer Produkte, Zusammenlegungen, Rationalisierung der Produktion) gemacht worden sind. Nach Schätzungen hat sich das "Volks"einkommen von 249 Md. im Jahr 1969 auf ca. 410 Md. im Jahr 1973 (nominell) erhöht. Diese Entwicklung bedeutet natürlich keineswegs, "daß die Einkommen d e r österreichischen Bevölkerung in den vergangenen Jahren außerordentlich zugenommen haben", wie Androsch in einer Budgetrede behauptete. Für die große Masse der österreichischen Bevölkerung war dies sicherlich keine so rosige Zeit, wie die aggregierten Zahlen der staatlichen Statistik anzugeben scheinen. Die Reallöhne der Arbeiter erhöhten sich gerade in den letzten Jahren entweder nicht wesentlich, oder sie wurden durch dan zweifachen Angriff von Preistreiberei

und Steueraufbürdung sogar gekürzt.

Dafür war es aber offensichtlich eine profitreiche Zeit für die Kapitalisten. Durch das Zusammenspiel von Regierung, Kapitalisten und ihren Agenten in der Gewerkschaft wurde ein Betrug nach dem anderen an den Interessen der Werktätigen "ausgehandelt", wurde ihnen ein Opfer nach dem anderen aufgezwungen. Das Stillhalteabkommen zwischen den "Sozialpartnern" (Benya-Sallinger-Pakt, Herbst 1972) hatte offensichtlich nur das Resultat, die Löhne 'still' zu halten, während die Preise weiter emporgetrieben wurden. Statt in einer Phase der Hochkonjunktur und voller Auftragsbücher, in der den Kapitalisten Kampfmaßnahmen der Arbeiter u. damit verbundene Produktionsausfälle am Ungelegensten kommen, möglichst viel für die Arbeiter herauszuholen, um so zumindest die steigende Arbeitshetze und Überstundenschinderei in den Betrieben wettzumachen, vollzieht die Gewerkschaftsführung gegenüber der Arbeiterklasse und den übrigen Lohnabhängigen die Pläne der Kapitalisten und ihrer Regierung.

Profitexplosion - auf dem Rücken der Arbeiterklasse

Das Wesen der kapitalistischen Stabilisierungspolitik ist die Stabilisierung der "Lohnkosten" und damit die Sicherung "ausreichender" und steigender Profite. Die Frage der Preise spielt innerhalb dieser Politik für die Kapitalisten eine nicht unwesentliche Rolle: solange sie die Preise erhöhen können, ohne ihren Absatz bzw. Gewinn zu verlieren, werden sie dies auf jeden Fall tun, egal wie hoch oder niedrig die Löhne sind. Sie werden die Konkurrenz aber umso mehr unterbieten und zusätzliche Märkte erobern können, je niedriger die Löhne u und je größer daher die Profitspanne.

Viel schneller noch als die Preise stiegen in den letzten Jahren die Gewinne. 1972 und 1973 kam es zu einer Profitexplosion ohne Beispiel: die ausgewiesenen Profite der großen Unternehmungen stiegen im vergangenen Jahr generell um mindestens 25%, bei den Bierbrauereien, die zu den eifrigsten Preistreibern gehören, um 45% und bei den Bauunternehmungen sogar um 70%! Für 1973 berichten die bürgerlichen Wirtschaftsforscher von ähnlich großen Erfolgen.

Die Stabilisierungspolitik, d.h. die Politik des Angriffs auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten, soll es den Kapitalisten, allen voran natürlich den großen Konzernen erleichtern, die gegenwärtig noch günstige Lage auf den internationalen Märkten zu nutzen und sich gegenüber der internationalen Konkurrenz zu stärken.

Durch rasch steigende Investitionen sollen Strukturschwächen überwunden werden, sollen Konkurrenzvorsprünge wettgemacht werden, sollen die österreichischen Konzerne expandieren und insbesondere für die EWG-Konkurrenz reif gemacht werden.

Im Zuge dieser Modernisierung der österreichischen Wirtschaft auf dem Rücken der Werktätigen kam die gestiegene Produktion, die "außergewöhnliche Wohlstandsmehrung" der letzten Jahre nichtihnen zugute, sondern hauptsächlich den Kapitalisten (der Bourgeoisie). Androsch legt dies und den Charakter der Wirtschaftspolitik der SP-Regierung ziemlich offen dar: "Motor der außergewöhnlichen Wohlstandsmehrung in Österreich waren die Investitionen unserer Wirtschaft, deren Ausweitung in diesem Umfang zuvor nie für erreichbar gehalten wurde. Die Investitionsquote (Anteil der Investitionen am Volkseinkommen, d.Red.), die im Jahr 1969 24,9% betragen hatte, erreichte 1972 31,4% und wird auch 1973 über 30% liegen. Die von der Regierung seit Amtsantritt angestrebte Modernisierung der österreichischen Wirtschaft ist damit wesentlich vorangetrieben worden."(Budgetrede). Bedeutend zugenommen haben auch die Exporte, 1973 stiegen sie um real 11,7%. Weit zurück blieben die Steigerungsraten des privaten Konsums und erst recht für den Anteil der Arbeiter daran.

Die Arbeiterklasse kann sich von dieser Modernisierungspolitik auch in Zukunft nichts erwarten. Der Konkurrenzkampf der Kapitalisten um Absatzmärkte wiederholt sich auf jeder neuen Stufe der Expansion, mit ihm der Zwang zu akkumulieren und immer mehr aus den Arbeitern herauszuschinden. Der internationale Konkurrenzkampf wird sich in Zukunft nur noch weiter verschärfen, der Heißhunger der Kapitalisten nach Profit ist unersättlich. Es liegt in den Gesetzmäßigkeiten der Produktionsweise der bürgerlichen Gesellschaft, daß die Kapitalisten nicht aufhören können, ihren Konkurrenz-

kampf auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung auszutragen. Die Regierung und die Kapitalisten sind entschlossen, die bisherige Politik des Lohnraubs mittels Stillhalten bei den Löhnen und Preistreiberei, die die Steigerung der Ausbeutung in den Betrieben ergänzt, weiter zu verfolgen. So kündigte Androsch bereits neue Stabilisierungsverhandlungen mit den "Sozialpartnern" für Ende 73 an, deren Kernstück wiederum die Verhinderung von Lohnsteigerungen sein wird.

Die staatliche Haushaltspolitik

Die österreichische Bourgeoisie trägt aber ihre Angriffe auf das Lebensniveau der Werktätigen nicht nur über die Preistreiberei, Steigerung der Arbeitshetze und Überstundenschinderei, niedrige Tarifabschlüsse und Unterdrückung jedes Widerstands der Arbeiter durch die Gewerkschaftsführung vor, sondern mittels der Maßnahmen ihres Staates schröpft sie die arbeitende Bevölkerung zusätzlich. Dem Staat obliegen die Aufgaben der Niederhaltung der Arbeiterklasse und der Verwaltung der gemeinsamen Geschäfte der Kapitalistenklasse. In der Epoche des Imperialismus, der allseitigen Verschärfung der Widersprüche und der Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Gesellschaft werden die Aufgaben immer umfangreicher. Sie werden vor allem von den Interessen der großen Konzerne bestimmt.

Die Ausgaben für den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates, für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur (Bildungswesen, Wissenschaft und Forschung, Verkehrswesen, Gesundheitswesen etc.), die die Mehrwertproduktion überhaupt erst ermöglichen, erhöhen sich ständig. Das ist die Voraussetzung für Maßnahmen, die die Verwertungsbedingungen des Kapitals direkt verbessern und seine Konkurrenzfähigkeit auf den inländischen und ausländischen Märkten sichern. Das Geld dafür fließt den staatlichen Organen in erster Linie über Steuern und Abgaben zu. Insgesamt, einschließlich Sozialversicherungsbeiträge, Kammerumlagen und ähnlichem, was im Budget nicht aufscheint, wird die Tätigkeit der Staatsorgane 1974 in Österreich ca. 230 Md.S kosten, also knapp weniger als die Hälfte des Volkseinkommens ausmachen. Der Klassencharakter des Staates als Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse zeigt sich an den Aufgaben, die er erfüllt. Er ist der Geschäftsführer der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der anderen Schichten des Volkes, zur Sicherung und Verbesserung der Verwertungsbedingungen, letztlich zur Aufrechterhaltung der Grundlagen ihrer Klassenherrschaft.

Dies gilt uneingeschränkt auch dort, wo Leistungen des Staates irgendwie den Werktätigen zugute kommen, wie z.B. im Gesundheitswesen. Letzteres wird ebenso vom Interesse der Bourgeoisie an der Aufrechterhaltung der Ausbeuterwirtschaft und nicht von den wirklichen Interessen der Werktätigen bestimmt: möglichst wenig Arbeitstunden sollen durch Krankheit ausfallen, die Arbeitsfähigkeit soll so schnell wie möglich wiederhergestellt werden.

Die Interessen der Arbeiterklasse stehen im schärfsten Gegensatz zur Klassenherrschaft der Bourgeoisie und damit zu ihrem Staat. Die Arbeiterklasse muß jede Belastung und Ausbeutung der Werktätigen durch die staatliche Steuerpolitik zum Zwecke der Finanzierung der Staatsgeschäfte der Monopolbourgeoisie, zur weiteren Bereicherung der Konzerne, ohne Ausnahme bekämpfen.

Das Budget der SP-Regierung für 1974

Mit der Einbringung des Budgetvoranschlages für 1974 setzt die SP-Regierung ihre volksfeindliche Politik auch auf dem Gebiet der staatlichen Haushaltspolitik entschieden fort.

Während die Gesamtausgaben des Budgets von 1972 bis einschließlich 1974 um 24,6% steigen, werden die Ausgaben für das Ressort "Soziales" nur um 19% erhöht. Die gesamten "Sozialausgaben", in denen zusätzlich noch die Ausgaben aus dem Familienausgleichsfonds und für Gesundheit und Umweltschutz enthalten sind, werden 1974 um 12,2% steigen, das Budget insgesamt aber um 14,7%. Die Zuschüsse des Bundes zur Sozialversicherung steigen 1974 um 4,6%, die zur Pensionsversicherung der Arbeiter um 4%. Zieht man die Inflationsrate ab, werden sie real sogar abnehmen.

Von einer "Sozialexplosion" kann unter der SP-Regierung also keine Rede sein, im Gegenteil der Anteil der "Sozialausgaben" am Gesamtbudget geht sogar zurück. Allein die darin enthaltenen Ausgaben für die Arbeitsmarktförderung, die die Mobilität der Arbeitskräfte gemäß den Bedürfnissen der Kapitalisten erhöhen sollen, steigen überdurchschnittlich schnell: sie haben sich seit 1970 vervierfacht (!).

Während, wie aus dem Folgenden hervorgeht, der Anteil der Staatseinnahmen, der von den Werktätigen bezahlt werden muß, ständig zunimmt, fließt ihnen ein immer geringerer Teil davon in Form von Sozialleistungen des Staates (Pensionen, Rente, Stempelgeld, Krankengeld) zurück.

Bei jenen Ausgaben, die den Werktätigen zugute kommen, wird ständig geknausert, nur das gerade Notwendige ausgegeben und wie bei den Löhnen "stabilisiert". Den Arbeitern bloß nicht zuviel Geld geben, das "überfordert" sonst die Wirtschaft und treibt die Preise in die Höhe! Bei weitem am wenigsten gestiegen sind in den letzten Jahren, wie wir oben erwähnt haben, die Ausgaben für den privaten Konsum, erst recht für jenen der Arbeiter. Rasant gestiegen sind dagegen die Ausgaben des Staates und der privaten Kapitalisten für Investitionsgüter (der "Motor der Entwicklung" laut Androsch). Weiters auch die Exporte, von denen die Werktätigen ebenfalls nichts sehen, die vielmehr eine Verknappung des Güterangebots im Inland bewirken, was den Kapitalisten wiederum Preiserhöhungen erlaubt.

Wo es um den Ausbau des Unterdrückungsapparates geht, wie beim Heer, schlägt man in-

nerhalb zweier Jahre ohne Zögern über 1 Md. S (+25%) dazu. Das ergibt 1974 ein Heeresetat von 5,9 Md. S.

Schwerpunkte werden bei den Ausgabensteigerungen v.a. dort gesetzt, wo es das kürzer oder längerfristige Gesamtinteresse des Kapitals im Hinblick auf den Anschluß an die EWG, die Verschärfung der internen Konkurrenz, auf die Aufholung von Konkurrenzvorsprüngen des Auslandes notwendig macht: Wissenschaft und Forschung, Unterricht, Infrastruktur. Einen bedeutenden Platz nehmen direkte Zuwendungen und Unterstützungen für verschiedene Kapitalgruppen ein: Exportstützungen, damit sie auf den ausländischen Märkten konkurrenzfähiger anbieten können, Millionenbeträge unter dem Titel "Strukturpolitik", um den Kapitalisten die Umstellung auf profitablere Produktionszweige oder die Rationalisierung ihrer Betriebe schmackhaft zu machen. Androsch erwähnt diese Ausgaben als "Unterstützung der notwendigen Umstrukturierung unserer Wirtschaft im Hinblick auf das Hineinwachsen in den gemeinsamen Markt".

Die so ausgewiesenen Subventionen etc. sind jedoch nicht das hauptsächliche budgetpolitische Mittel, um den Konzernen zusätzliche Gewinne zuzuschanzen. Bedeutend sind auch die Möglichkeiten auf der Einnahmeseite, wo es eine Unzahl von Ermäßigungen etc. gibt, die den Kapitalisten das Steuerzahlen leichter machen: "In Österreich steht (zur Förderung der Kapitalisten, d.Red.) ein steuerliches und kreditpolitisches Instrumentarium zur Verfügung, das in seinem Umfang und in seiner Unterstützungsintensität international gesehen zur Spitze (!) gezählt werden muß. Ein Instrumentarium übrigens, das seit 1970 in erheblichen Maße ausgebaut (!) worden ist. Dies sowohl im Zusammenhang mit den Schilling-Aufwertungen als auch der Umstellung auf die Mehrwertsteuer. Um die Konkurrenzfähigkeit der österr. Wirtschaft auf den internationalen Märkten weiter zu stärken, wird die Bundesregierung ihre struktur-und regionalpolitischen Ziele weiter verfolgen." (Androsch, Budget-Rede)

Der Kern der Steuerpolitik der Bourgeoisie

Während so den Kapitalisten Riesenbeträge zugeschanzt werden, versucht die Regierung die Kosten des Verwaltungs- und Unterdrückungsapparates, die Ausgaben für ihre an den aktuellen Erfordernissen des österreichischen Kapitalismus orientierte Haushaltspolitik auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen. Durch die in den letzten Jahren besonders rasch vor sich gehende Umschichtung der Einnahmen hin zu den Massensteuern (Lohnsteuer, Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer, diverse andere Verbrauchersteuern) werden die Werktätigen zusätzlich belastet und der Anteil der Bourgeoisie am "Volkseinkommen" erhöht.

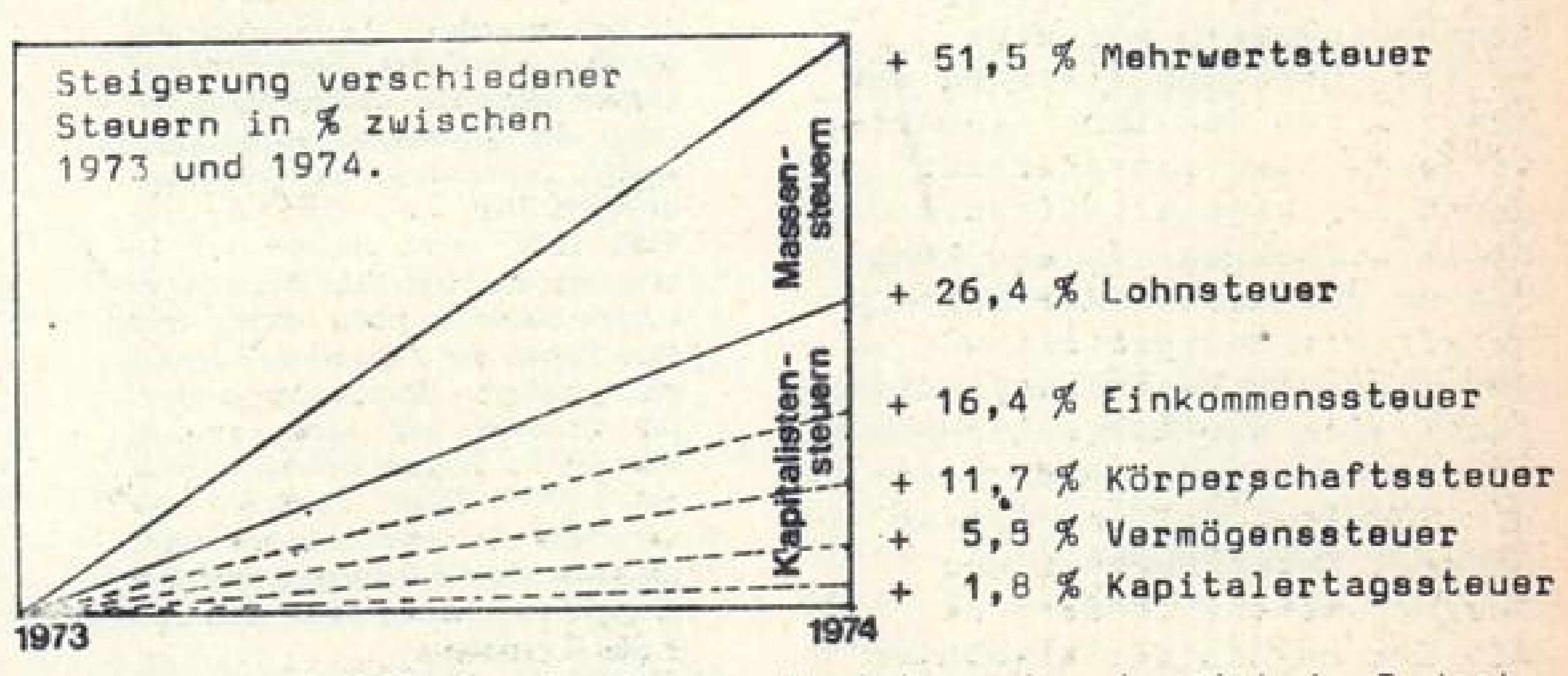
Obwohl die herrschende Klasse ohnehin stets versucht jede Steuer, die ihr vom Staat auferlegt wird, durch Rationalisierungen im Betrieb und durch Preissteigerungen auf die Arbeiter und die übrigen Werktätigen abzuwälzen, sind ihnen Steuern, die die Massen unmittelbar auspressen, am liebsten. Denn bei allen Steuern, die die Kapitalisten zunächst einmal selbst aus ihrem Profit zu bezahlen haben, müssen sie das durch den Widerstand der Arbeiterklasse gegebene Risiko der Nichtabwälzbarkeit fürchten. Die Bourgeoisie versucht deshalb solche Steuern auf ein Minimum zu reduzieren und durch Massensteuern zu ersetzen, die das Proletariat unmittelbar treffen. Das ist der ganze Sinn der Steuerpolitik der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat!

Galoppierender Lohnsteuerraub trotz »Reformen«

Trotz der mit viel Selbstlob durchgeführten Lohnsteuerreformen der Jahre 1971 und 1973 wird sich das Lohnsteueraufkommen seit 1970 von 13,7 Md. auf mindestens 26,0 Md. S im Jahr 1974 verdoppelt haben. Sein Anteil am Gesamtsteueraufkommen des Bundes erhöht sich damit beträchtlich. Allein im kommenden Jahr steigt die Belastung der Werktätigen durch diese Steuer um mindestens 5,4 Md. oder 26,4 %. (siehe Diagramm)

Explosion beim Mehrwertsteueraufkommen

Während der Anteil der Umsatzsteuer am Gesamtsteueraufkommen des Staates in den Jahren vor 1972 nur leicht anstieg, schießen diese Einnahmen 1973 und nach den Schätzungen für 1974 steil in die Höhe. In dieser Entwicklung war die Einführung der Mehrwertsteuer an Stelle der Umsatzsteuer ein Meilenstein. Als indirekte Steuer wird sie von den "Konsumenten", also vor allem den Lohnabhängigen, im Preis der Ware mitbezahlt, auf den die Kapitalisten sie aufschlagen. Indirekte Steuern auf die Produktpreise



Die Steuerpolitik der Regierung Kreisky, wie sie sich im Budgetentwurf des Finanzministers für 1974 darstellt. Von der notorischen Unterschätzung bei Lohn- und Mehrwertsteuer, sowie der notorischen Überschätzung des Aufkommens aus Kapitalistensteuern, von Steuerhinterziehung, von Steuerschulden, wird hier sogar abgesehen. Diese Regierung ist eine Regierung im Dienst der Kapitalisten.

haben für die Kapitalisten und die Regierung den Vorteil, daß sie der einzelne nicht so direkt sieht und daß sie mit der allgemeinen Inflation immer mehr einbringen. Sie verschleiern, wie das Steueraufkommen sich wirklich auf Arbeiterklasse und andere Werktätige einerseits und Kapitalistenklasse andererseits verteilt und daß die Steuern ein Instrument zur Ausplünderung der Werktätigen sind. Deshalb hat der kapitalistische Staat schon seit jeher zu den indirekten Steuern gegriffen, deshalb hat auch die SP-Regierung gerade hier den Hebel für einen neuen unerhörten Steuerraubzug angesetzt. Die Mehrwertsteuer stieg 1973 von 22 Md. auf 35 Md. Schilling! 1974 soll sie auf mindestens 53 Md. steigen. Berücksichtigt man eine Unterschätzung von 20 % wie im laufenden Jahr, so könnte sie sogar 63 Md. S erbringen!

Insgesamt ergibt sich aus den heurigen Budgetvoranschlag für die werktätige Bevölkerung eine ungeheure Mehrbelastung. Die Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes erfährt eine Steigerung wie nie zuvor. Während die Kapitalisten die Arbeitshetze, die Überstundenschinderei intensivieren und die Preise hochtreiben, zieht der Staat die Steuerschraube an. Die Arbeiterklasse insbesondere, und die werktätigen Massen überhaupt müssen sich gegen alle Angriffe der Bourgeoisie auf ihre Lebensbedingungen zur Wehr setzen. Dazu muß sie auch den Kampf gegen die immer schärfer werdende Steuerauspressung durch den kapitalistischen Staat aufnehmen. In den Kämpfen um die Kosten der Herrschaft der Bourgeoisie und ihre soziale Verteilung entlarvt sich der bürgerliche Klassenstaat und fördert so die Sammlung der von diesem Apparat Unterdrückten und Ausgebeuteten, fördert so die Erkenntnis der absoluten Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisieherrschaft und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Von diesem Staat kann seinem Wesen nach keine soziale Gerechtigkeit, keine "gerechte Verteilung" der Steuerlasten erwartet werden. Eine solche "gerechte Verteilung" ist allein schon deshalb absurd, weil alle Steuern bzw. die ihnen entsprechenden Werte, auch wenn sie unmittelbar von den Kapitalisten aus ihrem Profit bezahlt werden, von den Arbeitern im Produktionsprozeß geschaffen werden.

Ob vom Lohn oder vom Profit bezahlt - die Arbeiter müssen den Apparat, der sie unterdrückt, auch noch durch ihre eigene Arbeit unterhalten. Eine Erleichterung ihrer Lage kann die Arbeiterklasse nur im selbständigen Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat erreichen. Grundlage für jeden erfolgreichen Kampf gegen die Verschärfung der Auspressung der Massen durch den Staat bildet der Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Nur so kann überhaupt verhindert werden, daß sich die Kapitalistenklasse das, was sie über die Steuerauspressung nicht bekommt, durch gesteigerte Ausbeutung im Betrieb holt. Auch darin ist die Arbeiterklasse der Vorkämpfer aller Lohnabhängigen und Werktätigen, die an der Seite und unter der Führung der Arbeiterklasse den Kampf gegen die Ausplünderung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat aufnehmen werden.

Chile, organisierter Widerstand

DIE EINHEITLICHE FÜHRUNG WIRD HERGESTELLT

Während in Chile der faschistische Terror der Militärjunta weiter anhält, versucht sie nach außen hin den Völkern der Welt vorzuspiegeln, sie brächte die angeblich durch die Unidad Popular (UP) zerrütteten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wieder "in Ordnung".

Heute redet die Junta davon, sie wolle "das Land wiederaufbauen", sie verlangt vom Volk "große Opfer". Die Junta meint den Wiederaufbau der alten Ausbeuterordnung, meint die Rückeroberung Chiles durch den Imperialismus. Schon gleich zu Beginn ihrer Diktatur bot sie ausländischem Kapital beste Bedingungen für die Investition in Chile. Wie in letzter Zeit deutlich geworden ist, sehen diese Bedingungen so aus:

Für Oktober vorgesehene Lohnangleichung an die Inflationsrate wurde nicht durchgeführt, darüberhinaus wurde ein Lohnstopp auf unbefristete Zeit verordnet. Die Gewerkschaften wurden verboten, ihre Führer und aktiven Mitglieder werden blutig verfolgt; das Streikrecht wurde abgeschafft. Gleichzeitig steigen die Preise in einem Maß, wie es das chilenische Volk bisher nicht gekannt hat. So stieg, wie die bürgerliche Presse in der letzten Woche zugeben mußte, nach dem Putsch der Fischpreis (Fisch ist das wichtigste Grundnahrungsmittel der Arbeiter- und Bauernfamilien) um 300 %; Säuglingsnahrung wurde um 1 000 % teurer. Insgesamt sind die Preise für Grundnahrungsmittel, die unter der UP-Regierung zum Teil eingefroren waren, um 200 bis 1 800 % gestiegen.

Die Käuferschlangen vor den Geschäften in Chile sind nicht deswegen verschwunden, weil es – wie die Junta behauptet – wieder alles in genügendem Maß zu kaufen gibt, sondern weil die werktätigen Massen aufgrund der gestiegenen Preise nichts mehr kaufen können.

Die Arbeiterklasse sieht sich nach dem Putsch ungeheurer Ausbeutung gegenüber, gegen die sie, ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen beraubt, nur unter schwersten Bedingungen kämpfen kann. Sie ist momentan den Preissteigerungen ebenso hilflos ausgeliefert wie dem Zwang, täglich bis zu vier unbezahlte Überstunden leisten zu müssen oder den zahllosen Entlassungen von Arbeitern, von denen bisher über 100 000 betroffen waren.

Jedoch trifft der Imperialismus, der Chile wieder in sein System der Ausbeutung eingliedern will, in Chile auf eine kampferfahrene Arbeiterklasse, deren Breite und ideologische Stärke beispiellos in Lateinamerika ist.

DIE ORGANISIERUNG DES WIDERSTANDS

Für die Kraft des chilenischen Volkes spricht die Fähigkeit der chilenischen Revolutionäre, unter schwierigsten Bedingungen die Fehler der Vergangenheit selbstkritisch zu diskutieren und zu überwinden. Wir drucken im folgenden einen Artikel aus der ersten Nummer der Zeitung des chilenischen Widerstandes ab, die "Resistencia" – Widerstand – genannt wurde.

"RESISTENCIA"

"Nach zwei Wochen heroischen revolutionären Widerstands der chilenischen Arbeiterklasse und des Volkes haben sich Genossen der Parteien und revolutionären Organisationen MIR, MAPU, Arbeiterpartei, Sozialistische Partei, Sozialistische Jugend und der Isquerda Cristiana (Linkschristen) zusammengeschlossen, mobilisiert und organisiert, um die Vorstellungen und Aktionen der revolutionären chilenischen Gegenoffensive zu verbreiten.

Die Zeitung Resistencia erscheint dank der kämpferischen lateinamerikanischen Organisationen, die treu zum Grundprinzip des proletarischen Internationalismus halten. Wie Camillo Torres sind sie davon überzeugt, daß die Revolutionäre die Gemeinsamkeiten hervorheben müssen und nicht die Differenzen vergrößern dürfen.
Eines der Ziele der Resistencia ist es auch, mit der schändlichen Blockade zu brechen, die die Weltpresse auf falsche Weise und mit dem Anspruch auf Objektivität durch eine Kampagne von Lügen und Verdrehungen in Bezug auf Chile errichtet hat. Deshalb war das Erscheinen einer kämpferischen Zeitung vorrangig, war es eine unmittelbare und zwingende Notwendigkeit.
"Resistencia" soll alle chilenischen Revolutionäre und Volkskämpfer, alle Lateinamerikaner, Arbeiter und Studenten, erreichen, die sich dem chilenischen, lateinamerikanischen und internationalen Klassenkampf angeschlossen haben. Die "Resistencia" will zur ideologischen und politisch-militärischen Wiederaufrüstung der Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes unter dem Banner des Marxismus-Leninismus beitragen.
Aus diesem Grund will die "Resistencia" keineswegs beschränkte und dogmatische Formen der traditionellen Parteipresse neu auflegen. Wir wollen mit all unseren Kräften darauf hinarbeiten, eine regelmäßige Zeitung herauszugeben, kritisch und unabhängig, offen für alle revolutionären Gruppen, die sich ehrlich mit unserer Sache identifizieren.

Jede Nummer zu lesen, zu diskutieren und zu verbreiten ist eine Pflicht für alle revolutionären Genossen Lateinamerikas. Wir müssen uns vollständig über die Bedeutung und Notwendigkeit der Zeitung im Klaren sein und in diesem Sinn die Worte Lenins begreifen: 'Die Rolle der Zeitung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Erziehung und die Gewinnung von Bundesgenossen. Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und ein kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das Letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird: Es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, es erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken.'

**Machen wir also die Resistencia zu einer großen revolutionären Zeitung, um mit ihrer Hilfe ein großes Potential an Revolutionären und Kräften aus dem Volk zu schaffen, die die Arbeiterklasse und das Volk, die in Chile kämpfen, aktiv unterstützen.
Denn in Chile kämpft Lateinamerika!"**





Ein chilenischer Faschist zertrampelt ein Plakat, das die Freundschaft der Völker Chiles und Vietnams propagiert. Das heroische Beispiel der indochinesischen Völker alarmiert die Reaktionäre aller Länder. Auch in Chile erwartet die Imperialisten und ihre Lakaien die gerechte Strafe für ihre Verbrechen. Gegen den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker der ganzen Welt sind sie machtlos. Die Haupttendenz unserer Epoche ist Revolution.

NAHER- UND MITTLERER OSTEN:
EIN BRENNPUNKT DER WIDERSPRÜCHE DES IMPERIALISMUS

Der nahe Osten hat seit jeher eine bedeutende Stellung in der Geschichte des Imperialismus und im Kampf der verschiedenen imperialistischen Mächte um die Hegemonie eingenommen. Insbesondere mit der Geschichte der Herausbildung des amerikanischen Imperialismus zur führenden imperialistischen Macht ist die Erschließung, Zersplitterung und Unterwerfung des Nahen Ostens im 20. Jahrhundert aufs engste verknüpft. Die Entdeckung von Erdölquellen durch amerikanische Geologen noch vor dem I. Weltkrieg, die Patenschaft der USA bei der Zersplitterung des ottomanischen Reiches und die Verankerung der amerikanischen Erdölgesellschaften im Irak und in Saudi-Arabien in den 20er-Jahren bezeichnen nicht nur historische Wendepunkte für die Geschichte des arabischen und der anderen Völker des Nahen Ostens sondern sind zugleich auch Meilensteine für die Entwicklung des Kräfteverhältnisses im Weltimperialismus gewesen. Die führende Position, die sich die USA Imperialisten im Laufe der letzten Jahrzehnte errungen haben, hängt wesentlich davon ab, daß die USA schon sehr früh ihre Hand auf die Erdölquellen des Nahen Ostens gelegt haben.

Im Ringen um den Einfluß im Nahen Osten konnten die USA die englischen und französischen Imperialisten zurückdrängen.

Heute ist der Nahe Osten ein Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion. Die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen, das Erbe der USA-Imperialismus anzutreten und die USA-Imperialisten, die sich in einer schweren Krise befinden, ebenso zurückzudrängen, wie diese es vorher mit den englischen und französischen Imperialisten erfolgreich getan haben.

Für die Völker des Nahen Ostens bedeutete und bedeutet ihre Unterwerfung durch den Imperialismus und der Kampf der rivalisierenden imperialistischen Mächte um den Ein-

fluß seit jeher Gewalt, Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung: Ökonomisch gesehen die Ausplünderung der nationalen Ressourcen und die Verelendung der Volksmassen, politisch gesehen eine einzige Kette von Kriegen, Staatsstreichen, direkten und indirekten militärischen Interventionen - kurz, ständige Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten mit dem Ziel, jede fortschrittliche, nationale und soziale Bewegung rücksichtslos niederzuschlagen.

Gigantische Profite

Der Grund für das außerordentlich große Interesse, das die Imperialisten am Nahen Osten haben, liegt in erster Linie im Erdölreichtum dieses Gebietes. Hier liegen bekanntlich über 60% der bislang entdeckten Erdölvorkommen der Welt. Von den vierzehn Ländern und Gebieten mit einem Erdölvorkommen von über einer Million Tonnen liegen sechs im Nahen Osten. Die Extraprofite, die die Imperialisten aus dem Erdöl dieser Region ziehen, sind gigantisch. Ein Vergleich verdeutlicht das: Die Förderung von 1 Barrel(=159l) Öl kostet in Kanada 310 Cents in den USA 173 Cents, im Nahen Osten hingegen nur 16 Cents.

1966 belief sich die Gesamthöhe der bislang ausgewiesenen Investitionen der amerikanischen Erdölkonzerne auf 1,56 Milliarden Dollar. Das Gesamteinkommen aus allen Investitionen der Amerikaner im Nahen Osten betrug im selben Jahr 863 Millionen Dollar. Davon entfielen auf das Ölgeschäft allein 852 Millionen Dollar.

Zwischen 1950-60 stieg das jährliche Einkommen der Erdölfirmen von 211 Millionen Dollar auf 735 Millionen Dollar an. In diesem Jahrzehnt steht einem amerikanischen Kapitalexport in diesen Raum von nur 216 Millionen Dollar ein Gesamteinkommen von ca. 5 Milliarden Dollar gegenüber!

Die Abhängigkeit des Imperialismus vom Öl



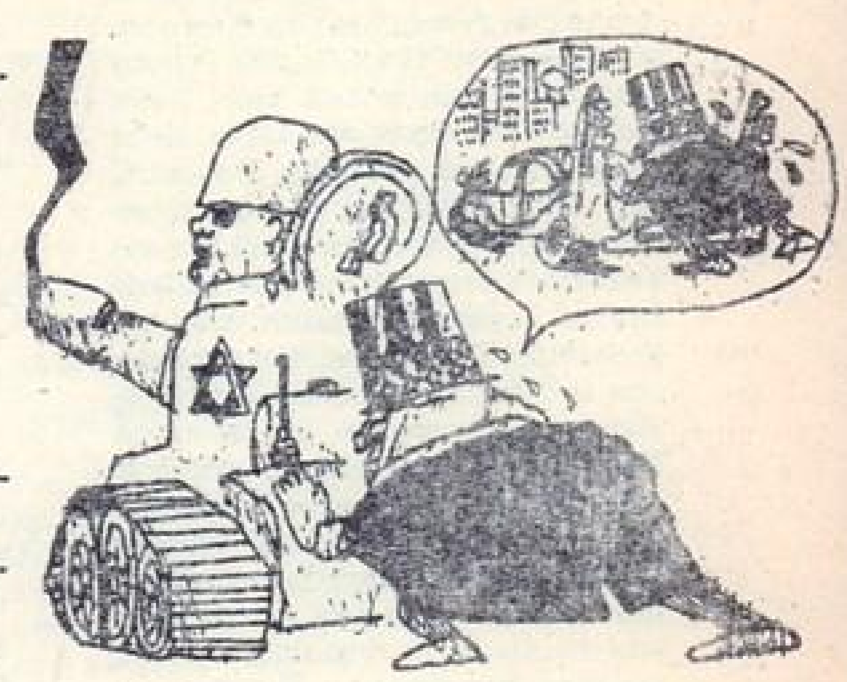
Die amerikanische Wirtschaft bezieht heute bereits 30% ihres Erdölbedarfs aus dem Nahen Osten. 1980 werden es voraussichtlich bereits 73% sein. Die BRD importiert von dort bereits 90% ihrer gesamten Rohöleinfuhr, das gleiche gilt für Japan. Und das bei einem rapiden Wachstum des Ölbedarfs der westlichen Industriestaaten. Einem täglichen Ölverbrauch von 10 Millionen Barrel im Jahre 1950 steht ein solcher von 39 Millionen Barrel im Jahre 1970 gegenüber. Für 1980 ist ein täglicher Verbrauch von 67 Millionen Barrel zu erwarten.

Diese Abhängigkeit der imperialistischen Staaten vom Öl und ihre damit verbundene Energiekrise ist keineswegs in erster Linie ein naturgegebenes, geographisches Problem, sondern ist selbst schon Ergebnis einer kapitalistischen Wirtschaft. Das Öl ist deswegen so gefragt, weil es so billig ist, und es ist deshalb so billig, weil die Ausplünderung fremder Ölquellen nach wie vor möglich ist und mit ihr die Beschäftigung von Arbeitern der unterworfenen Nationen zu sehr niedrigen Löhnen. Daher bringt die Ölförderung riesige Profite ein und es werden keine Anstrengungen gemacht, neue Energiequellen zu erschließen bzw bereits vorhandene (Kohle, Elektrizität) besser auszunützen. Die eigenen Vorräte tastet man besser gar nicht an, man will ja auf den "Notfall" vorbereitet sein.

Es geht aber auch anders - unter der Voraussetzung, daß die Ausbeuter gestürzt sind und das Volk die Macht hat. Das zeigt deutlich das Beispiel der Energiepolitik der VR-China.

Die planmäßige Entwicklung und Nutzung der nationalen Ressourcen sichert ihr den weiteren Aufbau eines starken und selbständigen industriellen Sektors, der von Rohstofflieferungen aus dem Ausland weitestgehend unabhängig ist. Die beharrliche und auf die eigenen Kräfte gestützte Tätigkeit der chinesischen Arbeiter bei der Erforschung der Bodenschätze hat schließlich sogar das Geschwätz der imperialistischen Geologen widerlegt, daß China angeblich kein Erdöl besitzt. Die VR-China produziert heute mehr Erdöl als sie selbst verbraucht. Im nächsten Jahr will die VR-China 20 Millionen t für den Export fördern.

Es ist keineswegs so, daß es in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern etwa keine Energiequellen mehr gäbe, die planvoll genutzt werden könnten. Die kapitalistische Wirtschaft, die nicht den Bedürfnissen des Volkes, sondern den Profitinteressen der Monopolherren dient, drängt jedoch zur Annexion fremder Gebiete und zur Ausplünderung fremder Rohstoffquellen. Eine planvolle, optimale Entwicklung der Rohstofförderung würde in der Tat unvereinbar mit dem Kapitalismus sein. Solange es den Kapitalismus gibt, werden die Imperialisten versuchen, mit allen möglichen Mitteln die Rohstoffquellen fremder Länder auszubeuten. Solange der Reichtum des Nahen Ostens aus Erdöl besteht, werden die Imperialisten nicht aufhören, ihn seinen rechtmäßigen Eigentümern zu stehlen. Solange sie diesen Reichtum stehlen können, werden sie sich um die Beu-



Er schiebt, um nicht schieben zu müssen

te raufen. Sie gehorchen dabei nur den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise. Je billiger die Imperialisten Waren absetzen können, desto stärker ist ihre Position am Weltmarkt. Engpäße oder gar ein Stop in der Versorgung ihrer Betriebe mit dem billigen Erdöl bedeutet für die betroffenen Imperialisten heute den Abstieg gegenüber ihren besser versorgten Konkurrenten.

Sie werden daher mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, ihren Einfluß auf die Staaten des Nahen Ostens zu verteidigen, zu stabilisieren bzw. zu vergrößern. Die Skala der von ihnen dabei angewandten Mittel reicht von direkten militärischen Interventionen bis zu den subtilern Formen der neokolonialistischen Einflußnahme. Die Anbiederung der japanischen und der EWG-Regierungen an die arabischen Länder ist heute z.B. ein politischer Ausdruck dafür, in welche Schwierigkeiten die japanischen und westeuropäischen Imperialisten durch den zur Zeit ohnehin erst äußerst zaghaft und widersprüchlich erfolgenden Ölboykott der erdölproduzierenden Staaten des Nahen Ostens geraten sind. Diese "Annäherung an den arabischen Standpunkt" ist für diese imperialistischen Mächte notwendig geworden, weil sie selbst in diesem Raum über keine Mittel zur direkten politischen Einflußnahme verfügen.

Die strategische Bedeutung des Nahen Ostens

Der Nahe Osten ist aber nicht nur von ökonomischer, sondern auch von strategischer Bedeutung für die Imperialisten. Vom Kaspischen, dem Schwarzen, dem Mittelländischen, dem Roten und dem arabischen Meer umgeben, ist er seit alters her ein Schnittpunkt der Verkehrswege zwischen Ost und West. Durch den Bau des Suezkanals wurde er zusätzlich zum Knotenpunkt der Schiffahrt zwischen Europa, Asien und Afrika. Nixon selbst hat den Suezkanal einmal treffend als "Pforte zum Mittelmeer, Türangel zur NATO, Ausgang nach Indien" bezeichnet.

Wie man weiß, unterhalten beide Supermächte starke Flottenverbände im Mittelmeer und Militär-und Flottenstützpunkte in fast allen Mittelmeerländern. Der Suezkanal ist das bedeutendste Verbindungsglied zu ihren im indischen Ozean stationierten Verbänden. Die Kette von Militärstützpunkten der Supermächte reicht von den Mittelmeerstaaten über die Staaten des Nahen Ostens bis nach Indien und Südostasien. Die Absiche-



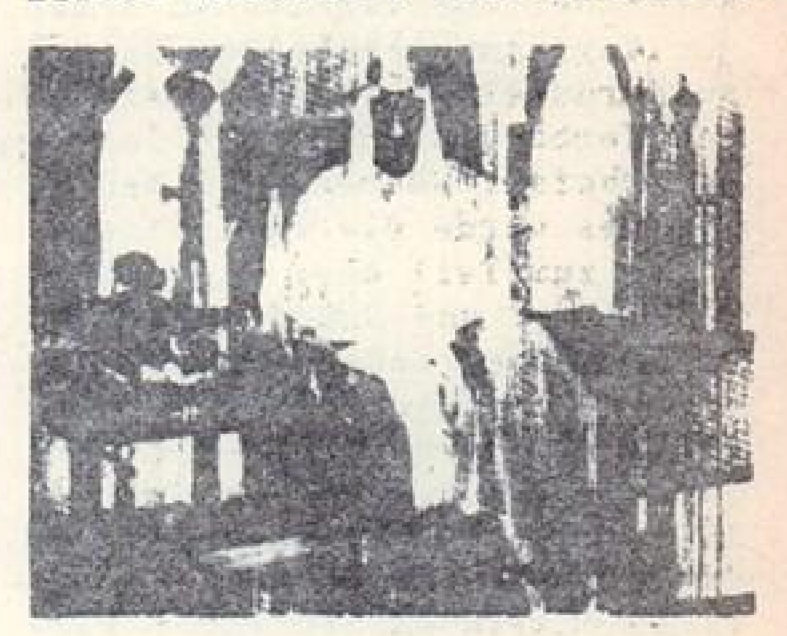
rung jedes einzelnen Gliedes dieser Kette ist für die Supermächte sowohl in ihrem Kampf gegeneinander, als auch in ihrem Kampf gegen die unterdrückten Völker und die sozialistischen Staaten von enormer strategischer Wichtigkeit.

Die reaktionärsten Bastionen des USA - Imperialismus

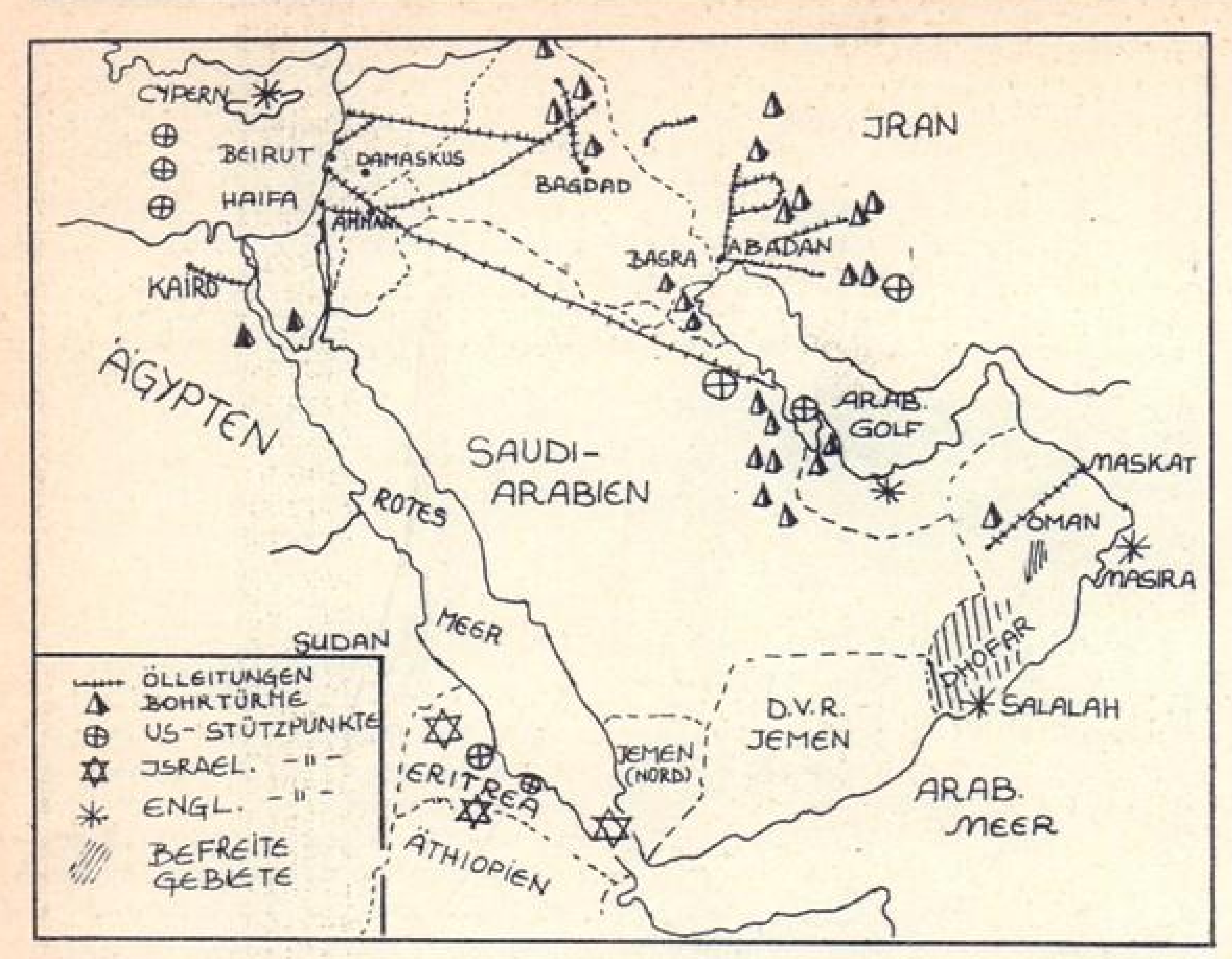
In ihrem Kampf um die Gewinnung und Sicherung ihrer Einflußsphären stützen sich die amerikanischen und sowjetrevisionistischen Imperialisten auf offen reaktionäre Staaten einerseits, auf bürgerlich-nationalistische Staaten andererseits.

Zu den traditionellen Domänen des USA-Imperialismus zählen Israel, Jordanien, Saudi-Arabien, die Scheichtümer am Golf, Äthiopien, die Türkei und der Iran. Zum Teil - wie Hussein - direkte Marionetten, zum Teil in der Durchsetzung ihrer eigenen ökonomischen und politischen Interessen vom Imperialismus abhängig - wie Israel - erfüllen diese Staaten ihre Funktion als vorgeschobene Brückenköpfe. Ihre Aufgabe besteht darin, die Volksmassen im eigenen Land niederzuhalten, andererseits immer wieder gegen nationale Bestrebungen anderer Völker vorzugehen und Aggresssionsakte gegen andere Staaten zu begehen. Letzteres gilt insbesondere für Israel, das durch seine Angriffskriege auf die arabischen Nachbarstaaten und das palästinensische Volk die Speerspitze des Imperialismus im Nahen Osten darstellt. Ähnliche Aufgaben erfüllt jedoch auch das persische Schah-Regime durch seine Überfälle auf den Irak und die Befreiungsbewegungen am persischen Golf, sowie durch die Besetzung von vier strategisch wichtigen Inseln im Golfgebiet. Saudi-Arabien und Nordjemen werden von den USA-Imperialisten massiv in ihren Aggressionen gegen die Demokratische Volksrepublik Südjemen unterstützt.

Zwischen allen diesen Staaten gibt es eine rege politische und militärische Zusammenarbeit. Israel unterhält drei Militärbasen in Äthiopien, leistet den äthiopischen Reaktionären kräftig Militärhilfe und bildet die äthiopische Armee in Antiguerillakampf gegen die Befreiungsbewegung von Eritrea aus. Jordanische Offiziere schulen die Söldnertruppen des Sultanats von Maskat und Oman gegen die Volksbefreiungsstreitkräfte am Golf(PFLOAG), die bereits ganze Dörfer zu einem befreiten Gebiet gemacht haben. Persien, das die schlagkräftigste Armee des Nahen Ostens besitzt, die - nach Angaben eines amerikanischen Armeesprechers mit Ausnahme von Atomwaffen mit



König Feisal von Saudi-Arabien in seinem Palast. Seine Leibwächter werden ihn nicht mehr lange vor dem Zorn des Volkes schützen können.



Militärstützpunkte der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten

allen der amerikanischen Armee zur Verfügung stehenden Waffen ausgerüstet ist, kämpft mit seinen Verbänden ebenfalls in Oman und Dhofar. Während des Nahostkrieges wurde die israelische Armee zum Teil über Flughäfen der Türkei und Saudi-Arabiens mit amerikanischen Waffen versorgt. Das Zusammenspiel zwischen Israel und Jordanien ist hinlänglich bekannt geworden. Sein deutlichster Ausdruck war die Liquidierung von 20 000 Palästinensern im September 1970 durch die jordanische Reaktion. Damals hatte Israel mit einem militärischen Eingreifen gedroht, falls Husseins Thron gefährdet werde. Diese Beispiele ließen sich erweitern: sie sollen hier nur zeigen, daß der USA-Imperialismus mit seinen imperialistischen Bündnispartnern über eine ziemlich vollständige Kette reaktionärer Staaten zu Absicherung seiner Interessen im Nahen Osten verfügt.

Die Schlagkraft, die diese reaktionäre Front heute noch besitzt, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre inneren Widersprüche stark anwachsen. Es handelt sich bei diesen Nebenwidersprüchen einerseits um solche zum Imperialismus, andererseits um solche zu den anderen reaktionären Staaten dieser Region. Die immensen Profite der Erdölkonzerne aus dem Nahostgeschäft verstärken den Wunsch der persischen und arabischen Reaktionäre, vom Kuchen selbst ein größeres Stück für sich zu ergattern. Die gleichzeitig immer stärker werdende Abhängigkeit des Imperialismus vom Öl verschafft ihnen dazu die Möglichkeit.

Schluß mit der schrankenlosen Ausplünderung!

Der Zusammenschluß auch dieser reaktionären Staaten mit den übrigen erdölproduzierenden Staaten(OPEC) soll ihrem gemeinsamen Kampf gegen die Erdölkonzerne dienen, die den ganzen internationalen Erdölmarkt kontrollieren, einen Produzentenstaat gegen den anderen ausspielen und völlig willkürlich bei der Ausbeutung der Rohstoffreserven verfahren. Insofern die OPEC dadurch der bisherigen schrankenlosen Ausplünderung des Ölreichtums durch die Imperialisten bestimmte Grenzen setzt, ist sie eine durchaus fortschrittliche Sache, ungeachtet dessen, daß sich an ihr ultrareaktionäre Regimes beteiligen, die keineswegs die Interessen ihrer Völker im Auge haben. Die zunehmende Zusammenarbeit der Staaten der Dritten Welt für die Verteidigung ihrer Interessen gegen den Imperialismus ist unabhängig vom Klassencharakter dieser Staaten - ein bestimmter, nicht zu unterschätzender Fortschritt in der Sache des Kampfes der Völker um ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit.

Wie sehr sich die Gegensäze zwischen den Imperialisten und ihren Statthaltern sowie zwischen diesen bereits zugespitzt haben, zeigt z.B. die politische Isolierung, in der sich heute Israel befindet. Sogar die äthiopischen Reaktionäre haben ihre diplomatischen Beziehungen zum zionistischen Staat inzwischen abgebrochen. Ägypten und Syrien konnten sich während des Krieges auf eine - wenn auch halbherzige und unzuverlässige - Solidarität seitens der reaktionärsten arabischen Staaten stützen.

Sowjetische Schützenhilfe für die reaktionärsten Staaten der Region

Die innere Widersprüchlichkeit der reaktionären proamerikanischen Kette im Nahen Osten kann jedoch nicht nur von den revolutionären Völkern, sondern natürlich auch von den imperialistischen Konkurrenten der USA, allen voran der sozialimperialistischen Sowjetunion ausgenützt werden. Durch Militärhilfe (allein bis 1967 in der Höhe von 200 Millionen Dollar!) und Erdölverträge haben sich die Sowjetrevisionisten bei den persischen Reaktionären bereits lieb Kind gemacht. In dem Maße, in dem der Kampf zwischen den amerikanischen Erdölfirmen und den arabischen Reaktionären immer erbitterter geführt wird, werden sie sicherlich auch dort zu landen versuchen. Schritte in diese Richtung bezeichnen die Geheimgespräche zwischen sowjetischen und saudi-arabischen Vertretern zur Vorbereitung der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten in den letzten Tagen.

In Nordjemen, das seit der Teilung des Landes Aggressionsakte gegen den volksdemokratischen Süden begeht, sitzen sie bereits seit Jahren fest.

Die Nordjemenitischen Söldner kämpfen mit russischen Waffen gegen die Volksarmee der DVR-Südjemen. Die Anziehungskraft der Erdölquellen des arabischen Golf auf die imperia-

listischen Mächte wirkt auch auf die Neuen Zaren des Kreml.

Wettstreit der Supermächte um die bürgerlich-nationalistischen Staaten

Die Sowjetunion ist die jüngste der heutigen imperialistischen Mächte. Als die neue Bourgeoisie den Kapitalismus in der Sowjetunion restauriert hatte und zu Beginn der sechziger Jahre Expansionsgelüste zu entwickeln begann, konnte sie sich vorerst nur auf die imperialistische Unterwerfung der COMECON-Staaten stützen. Die erste und beste Möglichkeit für sie, den amerikanischen und den übrigen westlichen Imperialisten ihre Beute im Nahen Osten streitig zu machen, bestand darin, sich in den Staaten festzusetzen, die gerade erste Schritte zur Unabhängigkeit und zum nationalen Wirtschaftsaufbau getan hatten, und dadurch in Widerspruch zu den USA-Imperialisten und seinen Verbündeten geraten waren. Das gelang ihr umso leichter, als die Sowjetunion als ehemals sozialistischer Staat bei den unterdrückten Völkern noch in hohem Ansehen stand und ihr sozialimperialistischer Charakter noch nicht klar hervorgetreten war.

Ägypten, Syrien und der Irak gehören heute zu den Domänen des sowjetischen Sozialimperialismus. Die Bourgeoisie dieser Länder, die sich mehr oder weniger von den feudalen Fesseln befreit haben und den Weg der nationalen Enwicklung einzuschlagen bestrebt sind, sehen sich heute einem Einfluß der Sowjetunion in ihre inneren Angelegenheiten gegenüber, die sich nur unwesentlich von den neokolonialistischen Praktiken der Amerikaner und Engländer unterscheiden.

Die Skala der Ausbeutung und Beschränkung der Unabhängigkeit dieser Staaten durch die sozialimperialistische Sowjetunion reicht von ungleichen Handelsverträgen, über die Gewährung von Krediten zu Wucherzinsen, über das äußerst profitable Waffengeschäft mit diesen vom Zionismus bedrohten und angegriffenen Staaten bis zur unverhohlenen politischen Erpressung. Wie man sieht, sind die aggressiven Akte der Zionisten gegen die arabischen Staaten nicht nur nicht gegen die Interessen der Sowjetunion gerichtet, sondern sind im Gegenteil sogar unmittelbare Voraussetzung dafür, daß der sowjetische Einfluß in diesen arabischen Staaten bestehen bleibt. Gäbe es nicht die ständige israelische Aggression gegen ihr Staatsgebiet, hätten die arabischen Bourgeoisien die sozialimperialistischen Beutegeier, die ihre Selbständigkeit politisch und ökonomisch beschränken, schon längst mit nassen Fetzen aus dem Land gejagt.

Die arabischen Bourgeoisien verfolgen das illusionäre Ziel, ausgehend von einer selbständigen nationalen Position mit den Imperialisten Geschäfte zu machen, bei denen auch sie etwas profitieren. Sie wollen sich eben ihre Geschäftspartner selber aussuchen. Deshalb versuchen die führenden Kräfte in der ägyptischen Bourgeoisie beispielsweise seit geraumer Zeit, sich aus der einseitigen Abhängigkeit von der Sowjetunion zu lösen und den Anschluß an den amerikanischen Imperialismus zu finden. Daß dabei nur eine neue Abhängigkeit herausschauen kann, liegt auf der Hand. Es gibt unter den Bedingungen des Imperialismus eben nur zwei Alternativen: entweder die unterdrückte Nation schreitet unter der Führung der Arbeiterklasse vorwärts und verbündet sich mit der internationalen Arbeiterklasse und den sozialistischen Ländern, oder die Führung bleibt in den Händen der Bourgeoisie, die Revolution versandet und das Land gerät neuerlich in die Abhängigkeit vom Imperialismus. Die nationale Bourgeoisie kann dann höchstens eine Zeitlang zwischen den verschiedenen imperialistischen Machtblöcken lavieren und sich aussuchen, ob sie die USA-imperialistische Pest oder die sozialimperialistische Cholera vorzieht. Eine nationale Gesundung des Landes kann unter diesen Bedingungen nicht erfolgen.





Die sowjetischen Sozialimperialisten und die US-Imperialisten führen einen erbitterten Wettstreit um den Einfluß in Ägypten. Sadat will sich aus der sozialimperialistischen Umklammerung lösen und sucht Anschluß an den USA-Imperialismus. In Wirklichkeit begibt er sich nur in immer größere Abhängigkeit. Sadats Lavieren zwischen den beiden miteinander rivalisierenden Supermächten nützt dem ägyptischen Volk nichts. Nur im Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse kann es seine Feinde besiegen und die nationale Selbständigkeit Ägyptens erringen.

Ägypten: USA-Imperialismus im Vormarsch

Die ägyptische Bourgeoisie hat in den Jahren seit dem Sechstagekrieg krampfhaft versucht, sich den Amerikanern anzunähern und eine Reihe von Liberalisierungsmaßnahmen ge-

setzt, die es den USA-Imperialisten erleichtern, sich in Ägypten festzusetzen, Gleichzeitig haben die Ägypter die sowjetischen Militärberater aus ihrem Land verwiesen. Diese Maßnahme stieß auf Unterstützung seitens der Volksmassen, die jedoch die Wendung zu den Amerikanern gleichzeitig entschieden verurteilen. Was nämlich für die Strategie der Sozialimperialisten gegenüber den reaktionären arabischen Staaten gilt, gilt in noch viel stärkerem Maße für die Strategie der USA-Imperialisten gegenüber den arabischen Bourgeoisien: nämlich die Widersprüche der regierenden herrschenden Klasse zur dominierenden imperialistischen Konkurrenz auszunützen, um sich selbst dort zu verankern.

Die USA gehen dabei gegen die bürgerlichen arabischen Staaten mit Zuckerbrot und Peitsche vor. Einerseits versprechen sie ihnen, Druck auf Israel auszuüben und es zur Rückgabe eines grossen Teils der 1967 besetzten Gebiete zu bewegen, andererseits liefern sie Israel Waffen und ermutigen es so zu weiteren Aggressionen, um "übertriebene" Autonomiebestrebungen der arabischen Staaten in ihre Grenzen zu verweisen.

Weder Krieg noch Frieden

Die Situation einer ständigen Spannung dient also beiden Supermächten zur Festigung ihrer Positionen bzw. zur Fortführung ihres erbitterten Wettstreits um Einflußsphären, ohne dabei fürchten zu müssen, in eine direkte militärische Konfrontation miteinander hineingerissen zu werden. Die alte Politik des "Divide et impera" der römischen Imperatoren heißt für die beiden Supermächte heute:"Weder Krieg noch Friede".

Der Leiter der chinesischen UNO-Delegation, Genosse Tjiao Guan-hua charakterisierte das Wechselspiel der USA und der Sowjetunion im Nahen Osten äußerst treffend, als er auf der 28. Tagung der UNO-Vollversammlung sagte:"Dem Anschein nach unterstützen die zwei Supermächte jede eine der antagonistischen Seiten, in Wirklichkeit aber sind sie

Fortsetzung Seite 29

DIE ERDÖLKONZERNE SIND DIE PREISTREIBER

Unter dem Getöse der bürgerlichen Presse von der Sturheit und Erpressungspolitik der arabischen Länder sind die Treibstoff- und Heizölpreise am 14.11. um 25-35 % erhöht worden. Gleichzeitig wird in der Bevölkerung durch zeitweilige Beschränkungen der Abgabemenge auch weiterhin die Angst vor einer drohenden Energiekrise aufrecht erhalten. Neue Preisanträge liegen vor. Die Ölkapitalisten benutzen den Krieg im Nahen Osten, um die Schuld an den gewaltigen Preiserhöhungen den arabischen Staaten in die Schuhe zu schieben.

Die erdölproduzierenden Länder bekommen für ihr Öl Spottpreise. Beim alten Preis für Normalbenzin entfielen von S 3,90 nur 16 g oder 4 % auf das Rohöl. Wenn nun die Förderländer die Rohölpreise um 29 bis 76 % erhöht haben, so kann sich das nur in Preiserhöhungen von ein paar Groschen für die Verbraucher auswirken. Ein großer Teil der Rohölpreiserhöhungen von Seiten der Förderländer gleicht dabei nur den Kursverfall des Dollars in den letzten Jahren aus. Ungeheure Profite erzielen nicht die Erdölländer, sondern die Erdölmonopole durch rücksichtslose Ausplünderung der nationalen Ressourcen der Erdölländer und durch schamlose Preiserhöhungen. Diesen Anstieg der Preise dokumentiert die Preisentwicklung am größten Ölumschlagplatz Westeuropas, Rotterdam. Kostete im April 1972 eine Tonne Öl noch 23 $, so war der Preis ein Jahr später schon auf 40 $ gestiegen, im August 1973 auf 75 $, seit dem 6. Oktober ist der Preis schließlich auf über 100 $ gestiegen. Nicht die erdölproduzierenden Länder, sondern die Profitgier der Ölmonopole hat die Preise ständig steigen lassen. Die Ölkonzerne, die von der Rohölförderung bis zu den Tankstellen alles beherrschen, haben eine "Treibstoffpanik" entfacht: Ursache für diese jetzige "Knappheit" ist aber keineswegs die Exportbeschränkung der arabischen Länder. (Für die arabischen Länder ist das ein Druckmittel,gegen die internationalen Erdölkonzerne, um der schrankenlosen Ausplünderung ihrer Naturreichtümer eine Grenze zu setzen.) Österreich verfügt über ausreichende Vorräte, um die Versorgung der Bevölkerung auf Monate hinaus zu gewährleisten. Im Sommer wurde bereits - zu den damals noch niedrigeren Preisen - von den Händlern genügend Heizöl eingelagert. Die Abgabe an die Verbraucher wird vielmehr künstlich knapp gehalten. Das dient dazu, die Preise so hoch hinaufzusetzen, wie es den Konzernen paßt, andererseits zur Entfaltung einer Hetze gegen die arabischen Länder, um diese als die Schuldigen hinzustellen. Schon lange vor dem "Ölboykott" hatten die Ölkapitalisten eine Preiserhöhung von 25-50 % ab 1.1.1974 durchgesetzt.



„Der unverschämte Araber, wie brutal er das arme Kätzchen jagt!"

zwei Lehmfiguren ähnlich, welche zusammengeknetet und dann umgeformt wurden, sodaß in jedem ein Teil des anderen enthalten ist".

Wo Unterdrückung ist, da gibt es Widerstand

Der Wettstreit um das Zusammenspiel der beiden Supermächte ist der Grund für die Unruhe im Nahen Osten, wie überhaupt auf der ganzen Welt. Der Widerstand ist überall im Wachsen. Der Kampf der Nationen um den Schutz ihrer Souveränität und um die Erringung ihres Rechtes auf Verfügung über die Ressourcen ihrer Länder hat - trotz der Unzulänglichkeiten, mit denen er aufgrund des feudalen bzw. bürgerlichen Klassencharakters seiner Führung stattfindet - bereits zu beträchtlichen Erfolgen geführt.

Die ständige Spannung im Nahen Osten, die von den Imperialisten geschürt wird, verstärkt die Tendenz unter den Völkern, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und die Unabhängigkeit und die Befreiung vom Imperialismus und seinen einheimischen Verbündeten zu erkämpfen.

Der Druck der Volksmassen auf die Reaktionäre und nationalen Verräter nimmt stetig zu. Der König von Jordanien, der Schah von Persien, Golda Meir, Feisal und Sadat - sie alle haben mit einer immer stärker werdenden Opposition im internationalen und nationalen Maßstab zu rechnen. Die Kapitulation der arabischen Bourgeoisien Ägyptens und Syriens vor dem Zionismus zu einem Zeitpunkt, der für die arabische Sache militärisch günstig war, stößt auf die Empörung und den Widerstand der arabischen Völker. Die palästinensische Widerstandsbewegung, die Vorhut der arabischen Revolution, hat erneut bekräftigt, daß sie unter keinen Umständen die Waffen aus den Händen legen wird, bis die Imperialisten und Zionisten endgültig besiegt sein werden. Die Volksbefreiungsarmeen im arabischen Golf festigen die befreiten Gebiete und erringen weitere große Siege,über die Imperialisten und deren einheimische Lakaien. In Israel lösen sich die jüdischen Massen vom Einfluß des Zionismus und beginnen allmählich den Kampf gegen die Unterdrükker der arabischen Völker, die zugleich ihre eigenen Unterdrücker sind, aufzunehmen.

Der Imperialismus ist auch im Nahen Osten nichts anderes als ein Koloß auf tönernen Füßen, er ist wirklich in keiner beneidenswerten Lage. Im inneren ihrer Staaten mit einer stetig anwachsenden Kampfbewegung der Arbeiterklasse und des Volkes konfrontiert, schliftert er von einer Krise in die andere.
Die Widersprüche zwischen den Imperialisten und ihren Statthaltern sowie die zwischen ihren Statthaltern selbst verschärfen sich von Tag zu Tag, schwächen die reaktionäre Front und lassen im Nahen Osten wie in anderen Teilen der Welt eine Krise heranreifen, die von den Völkern in den Kolonien und Halbkolonien und auch von den Arbeitern der Metropolen zu ihren Gunsten ausgenützt werden wird.

Die Imperialisten, Zionisten und einheimischen Reaktionäre, die genau sehen, daß ihr Schiff im Sinken ist, werden sicherlich weitere,noch größere Verbrechen an den Völkern des Nahen Ostens begehn. Aber sie können damit das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, im Gegenteil beschleunigen sie dadurch nur noch mehr den Prozeß der Vereinigung der Völker im Kampf und gehen so nur noch schneller ihrem sicheren Untergang entgegen. Die Haupttendenz unserer Epoche ist die Revolution.Die Imperialisten können das nicht begreifen - sie kriegen es zu spüren!

IMPRESSUM:
Eigentümer, Vervielfältiger, Herausgeber und Verleger: MARXISTISCH-LENINISTISCHE STUDENTENORGANISATION; Für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider; alle 1080 Wien, Mölkergasse 3

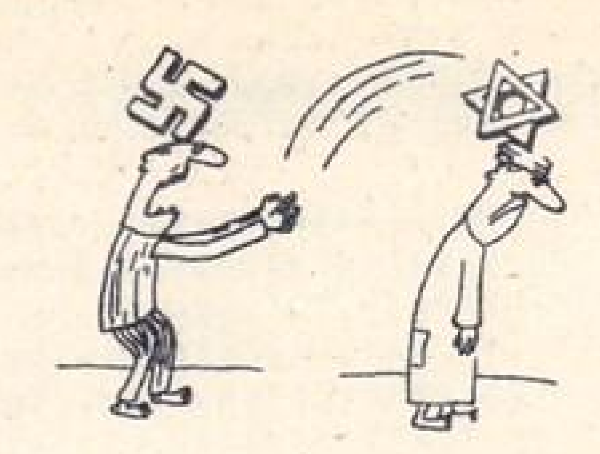
Prozionistische Propagandaveranstaltung an der Wiener Uni

Am 12.11. veranstaltete eine "Liga gegen den Antisemitismus" eine Podiumsdiskussion im Hörsaal I. Diese Organisation hat sich schon seit längerem in verschiedenen Publikationen als versteckte Agentur des Zionismus in Österreich betätigt. Unter dem Thema "Vorurteil - Gefährdung der Menschenrechte" stand die Veranstaltung, bei der unter anderen auch der ehemalige israelische Botschafter in Österreich, Simon, und die durch ihre prozionistischen Tiraden in Presse und ORF bekannte Salzburger Historikerin Erika Weinzierl teilnahm. Wieder einmal wurde hier versucht, den heute immer noch als reale politische Gefahr weiterexistierenden Antisemitismus zu Hilfe zu nehmen, um den Zionismus zu entschuldigen.

Idealistische Geschichtsbetrachtung, bürgerlich-individualistische Nabelschau (für den Tiefenpsychologen Hans Strotzka, der ebenfalls am Podium saß, ist der Antisemitismus offenbar ein Problem der Psyche), humanistische Larmoyanz - ein ganzes Spektrum bürgerlicher Wissenschaft wurde aufgeboten, um der Veranstaltung den Schein der Objektivität zu vermitteln. Hinter den schönen Reden stand, bei einigen implizit, bei Weinzierl und Simon natürlich explizit, das angestrebte Ziel: "den" Juden, in deren "Andersartigkeit" angeblich der Grund für ihre Verfolgung und Diskriminierung liegt und die jetzt endlich "ihre" Heimstatt in Israel gefunden haben, das Recht auf staatlich separierte Existenz in Palästina zuzubilligen. Anders gesagt, die Unterstützung des Zionismus als Gebot der Humanität auszugeben. Spekuliert wird dabei mit der Unkenntnis der geschichtlichen Entwicklung und des Charakters des Zionismus bei vielen Menschen, die sich aus dem Lügengespinst der Bourgeoisie über Palästina noch nicht befreien konnten.

Um das tun zu können, mußten die Podiumsredner natürlich alle diesbezüglichen politischen Fragen peinlichst aussparen. Die Veranstalter durften auch nicht zulassen, daß unkontrollierbare Redner aus der Zuhörerschaft sich an der Diskussion beteiligten, die vielleicht für die Zionisten schwer widerlegbare Argumente bringen könnten. Um jede Kritik abwürgen zu können, hatten sich auch noch ca. zweihundert Mitglieder zionistischer Organisationen, unter ihnen solche der Jüdischen Hochschülerschaft, eingefunden, die den reaktionären Ausführungen am Podium begeistert applaudierten.

Die Anwesenheit von nur wenigen fortschrittlichen Kollegen genügte trotzdem, um ihre Pläne scheitern zu lassen. Ein Sprecher unserer Organisation, dem es trotz heftigster Störungen gelang, sich Gehör zu verschaffen, führte aus, daß der Kampf der Zionisten gegen den Rassismus eine reine Heuchelei ist.



Über den Antisemitismus heute zu sprechen, ohne über den Kapitalismus und alle seine rassistischen Folgen, zu denen auch der Zionismus gehört, zu sprechen, heißt nichts anderes, als die Verbrechen der Zionisten zu verschleiern. Die Verbrechen, die die Zionisten und Imperialisten am palästinensischen und den anderen arabischen Völkern begangen haben, unterscheiden sich qualitativ in ihrer Grausamkeit in nichts von denen der Nationalsozialisten.

Diese Argumente konnte keiner der Anwesenden widerlegen. Die Antwort der Zionisten im Saal waren Pfiffe, Gebrüll und Füßetrampeln. Verschiedene Zionisten beschimpften die Genossen als "Antisemiten", "Schizophrene" usw. Gerade dieses Verhalten stieß aber auf den Protest der Kollegen, die aus ehrlichem Interesse zur Podiumsdiskussion gekommen waren und sich Antworten auf ihre Fragen erwartet hatten. Nachdem die Veranstaltung ein chaotisches Ende gefunden hatte, versammelten sich viele noch in Gruppen im Hörsaal und später auf der Straße, wo sie über die wahren Ursachen des Antisemitismus, des Zionismus, über die imperialistische Funktion des Staates Israel und seine Verbrechen an den arabischen Völkern diskutierten.

DAS PALÄSTINENSISCHE VOLK WIRD DIE WAFFEN NICHT AUS DER HAND LEGEN

Ein schändlicher Waffenstillstand · Das Nein der Palästinenser zur UNO-Resolution 338 · Arabischer und sowjetischer Druck auf die PLO · Kampf zweier Linien in der Widerstandsbewegung

Die Kapitulation der arabischen Bourgeoisien vor dem zionistischen Aggressor und ihre Rückkehr unter die "Schirmherrschaft" der beiden Supermächte war am 22. Oktober in einer Lage erfolgt, die für die arabischen Völker politisch und militärisch noch nie so günstig war. Von einer Niederlage der arabischen Armeen konnte zu diesem Zeitpunkt keineswegs die Rede sein. In Syrien rüsteten sich syrische und irakische Truppen (darunter starke irakische Panzerkontingente) zur Gegenoffensive, um die israelischen Okkupanten aus allen besetzten syrischen Gebieten, einschließlich der Golanhöhen zu vertreiben. Am Suezkanal war die Möglichkeit für die ägyptischen Soldaten, den Brückenkopf der Zionisten auf dem Westufer zu zerschlagen, ebenfalls in greifbare Nähe gerückt. Von einem durch die militärische Lage aufgezwungenen Waffenstillstand kann also keine Rede sein.

Wohl aber hätte die Fortsetzung des Krieges, gestützt auf die eigenen Kräfte und gegen den Willen der beiden Supermächte, von den arabischen Staaten die Mobilisierung aller Kräfte und Ressourcen der Völker notwendig gemacht. Syrien war bereits vor dem Abschluß des Waffenstillstandes zur allgemeinen Volksbewaffnung und zur Bildung von Volksmilizen gezwungen worden. Sadat, für den die Bewaffnung des Volkes, das schon wiederholt in machtvollen Demonstrationen seine Kritik am bürgerlichen Kapitulationsregime geübt hat, noch gefährlicher als für Assad gewesen wäre, mußte mit Recht befürchten, daß ein Krieg, der auf solche Art geführt wird, seinen Händen entgleiten und in einen revolutionären Volkskrieg umschlagen könnte. Dazu kam der Druck der beiden Supermächte und der Wunsch der arabischen Bourgeoisien, sich insbesondere mit dem USA-Imperialismus ehebaldigst auszusöhnen.

Die PLO zur »friedlichen Lösung«

Die palästinensiche Widerstandsbewegung hat als erste ihre Stimme gegen den Verrat der Regierungen Ägyptens und Syriens am nationalen Krieg erhoben. In der "Erklärung des Exekutivkomitees des ZK der PLO zur Resolution des Sicherheitsrates" am 22. Oktober heißt es: "Die Palästinensi-

sche Revolution, die den Weg zur Befreiung Palästinas in der komplizierten Lage, in der sich Palästina und die arabische Nation befindet, begann, hatte schon vom ersten Augenblick des Ausbruchs des nationalen Befreiungskrieges am 6. Oktober ihre Kampfstellungen an allen Fronten im besetzten Palästina und an den arabischen Kampffronten bezogen. So führt sie den bewaffneten Kampf zusammen mit den Kräften der arabischen Nation zur Vollendung der bedingungslosen Befreiung aller besetzten Gebiete. Die Palästinensische Revolution wird den bewaffneten Kampf und den Massenkampf bis zur Verwirklichung der Ziele des palästinensischen Volkes - Befreiung und Selbstbestimmung - fortführen."

Diese Erklärung knüpft direkt an die konsequente Haltung der PLO zu den diversen Plänen der Supermächte und der reaktionären und bürgerlichen arabischen Staaten an, eine "friedliche Lösung" durchzusetzen, die auf der Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität des zionistischen Staates Israel beruht und dadurch den Interessen des palästinensischen Volkes entgegengesetzt ist. Die palästinensische Widerstandsbewegung, die genau weiß, daß die Politik der "friedlichen Lösung" die Liquidierung des gerechten Kampfes des palästinensischen Volkes um die Rückkehr in seine Heimat und um die Errichtung eines demokratischen, arabisch-jüdischen Staates in Palästina bedeutet, hat sich seit jeher entschieden gegen alle Vorstöße in diese Richtung gewandt, die von der Sicherheitsratsresolution 242 vom November 1967 über den Rogerplan und den Husseinplan bis zur Waffenstillstandsresolution der Supermächte vom 22. Oktober reichen.

Diese Ablehnung der Politik der "friedlichen Lösung" widerspricht gerade jetzt nur zu deutlich den aktuellen Interessen der Supermächte und der arabischen Bourgeoisien. die die palästinensische Widerstandsbewegung kaltstellen bzw. für ihre Zwecke instrumentalisieren wollen.

Hier ist in erster Linie der Druck der arabischen Bourgeoisien auf die Palästinenser zu nennen. Die herrschenden Klassen der bürgerlichen nationalistischen Staaten, insbesondere Ägyptens, wähnen sich offenbar einer "friedlichen Lösung" sehr nah und setzen große Hoffnungen in die Vereinigten Staaten, von denen sie sich einen starken Druck auf Israel in Hinblick auf eine Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete erwarten.

Ihren Zielen, gemeinsam mit den USA zu einer Regelung zu kommen, die es ihnen ermöglicht, sich auf der Grundlage der Rückgabe von großen Teilen ihres besetzt gehaltenen Territoriums mit Israel zu arrangieren, steht die palästinensische Revolution als störender Faktor im Wege. Sadat scheint heute bereit zu sein, die palästinensische Widerstandsbewegung im Interesse einer Aussöhnung mit den Zionisten zu "opfern".

Die Sozialimperialisten erpressen die Palästinenser

Wesentlich wichtiger sind die Palästinenser heute besonders während der Phase der Vorbereitung der "Friedenskonferenz" für die Sowjetunion. Die Sozialimperialisten verfolgen mit großem Unbehagen den Prozeß der Annäherung zwischen den USA-Imperialisten, Saudi-Arabien und Jordanien einerseits, den nationalistischen arabischen Staaten andererseits. Sie befürchten, daß es zu einer Regelung kommen könnte, bei der ihre Interessen zu kurz kommen. Ohne den Palästinensern irgendwelche Konzessionen zu machen, versuchen die Sowjetrevisionisten, sie als ein Instrument des Drucks gegen eine voreilige Aussöhnung zwischen den arabischen Staaten und den USA auszunützen.

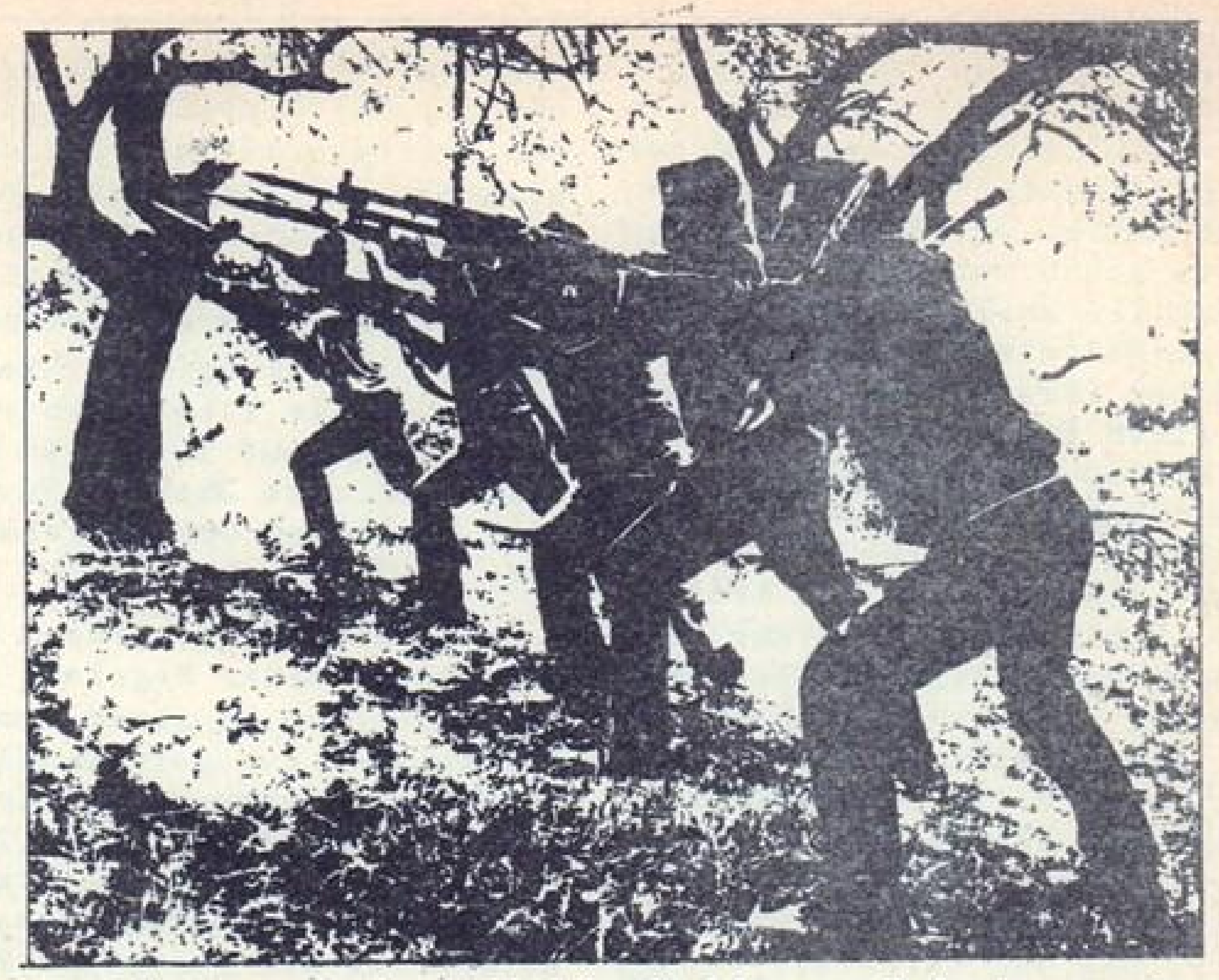
Bei einem Besuch einer PLO-Delegation unter der Führung Arafats in Moskau unterbreiteten die sowjetischen Führer den Palästinensern einen Vorschlag zur Bildung einer provisorischen Regierung Palästinas. Schon einige Wochen vorher - kurz nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands - hatten die Sozialimperialisten der PLO gedroht, keinerlei Unterstützung mehr zu leisten. soferne sie sich nicht dazu entschließen, endlich "konkrete, verhandlungswürdige Vorschläge" für die kommende "Friedenskonferenz" auszuarbeiten. Was die Modernen Revisionisten, die für eine "Friedensregelung" auf der Basis der Sicherheitsratsresolution 242 eintreten, unter "verhandlungswürdigen Vorschlägen" verstehen, haben sie noch nicht präzisiert. Die Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina, in dem Juden und Araber friedlich und gleichberechtigt miteinander leben können, ist für die neuen Kremlzaren sicherlich nicht "verhandlungswürdig", weil sie die Zerschlagung des zionistischen Staates voraussetzt. Was sie vielleicht im Auge haben ist ein palästinensischer Staat zwischen Israel und Jordanien. Sein Gebiet würde den Gazastreifen und die Westbank des Jordan umfassen, mit einem schmalen Korridor durch israelisches Gebiet verbunden. Ein solcher Staat könnte weder ökonomisch noch politisch oder militärisch selbständig existieren, er wäre nichts anderes als ein Vasalenstaat Israels und Jordaniens.

Die PLO zur »Friedenskonferenz«

Die PLO hat inzwischen beschlossen, an der voraussichtlich am 17.Dezember in Genf beginnenden "Friedenskonferenz" teilzunehmen und ihre politischen Positionen vor der Weltöffentlichkeit zu vertreten. Dieser Beschluß ist durchaus korrekt: die Teilnahme der PLO als gleichberechtigter Verhandlungspartner an der Konferenz stellt einen politischen Erfolg für die palästinensische Revolution dar. Bekanntlich haben sich die USA-Imperialisten und die Zionisten bisher stets geweigert,die palästinensische Widerstandsbewegung als politischen Faktor anzuerkennen und die palästinensischen Patrioten als "terroristische Gangster" verleumdet. Nach israelischer Auffassung gelten die Bestimmungen der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen nicht für die Angehörigen der palästinensischen Widerstandsbewegung,weil es sich bei ihnen um "Banditen" handle. Die Israelis haben auch jetzt deutlich und wiederholt bekundet, daß sie sich mit den Vertretern des

palästinensischen Volkes nicht an einen Tisch setzen wollen.

Eine einheitliche Stellungnahme der PLO zur Plattform ihres politischen Auftretens auf der Konferenz liegt bislang jedoch noch nicht vor. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß bestimmte Teile in der Führung der PLO auf dem besten Wege sind, im Zuge der kommenden Verhandlungen die Interessen der palästinensischen Revolution zu verraten. So erklärte z.B. ein Sprecher der El-Fatah in Beirut: "Ich selbst stamme aus Jaffa, aber ich muß zur Kenntnis nehmen, daß Jaffa unter israelischer Fahne bleibt. Wir werden nicht die ersten und nicht die letzten sein, die das Urteil der Geschichte akzeptieren müssen." (Le Monde, 6.11.73). Arafat selbst soll sich angeblich dazu bereitgefunden haben, Israel in seinen Grenzen von 1947 (gemäß dem UNO-Teilungsplan) anzuerkennen und auf das Ziel der Befreiung ganz Palästinas vom zionistischen Joch zu verzichten. Von einem Kampf gegen die arabische Reaktion ist ebenfalls kaum mehr die Rede. Bezeichnend ist folgende Äußerung Arafats gegenüber Sadats, die sich auf Feisal von Saudi-Arabien bezieht: "Der arabische König denkt und handelt wirklich wie ein Fedayin von El-Fatah" (Le Monde, 16.11.73) Das sagt nicht viel über den reaktionärsten Häuptling und dienstbaren Lakaien des Imperialismus, spricht aber Bände über den Opportunismus, der in der El-Fatah herrscht.



Das palästinensische Volk kämpft bis zur Befreiung seiner Heimat von Zionismus, Imperialismus und arabischer Reaktion. Äußerer Druck und Verrat in den eigenen Reihen werden seinen siegreichen Vormarsch nicht aufhalten.

Zwei Linien in der Widerstandsbewegung

Durch bloßen Druck von außen läßt sich ein solches Abgehen von den Zielen der Revolution nicht erklären. Äußere Ursachen können erst vermittels der inneren wirken. Um zu einer richtigen Einschätzung zu kommen, muß man davon ausgehen, daß die konsequente Haltung der palästinensischen Widerstandsbewegung im Hinblick auf die Weiterführung des revolutionären Volkskrieges das Ergebnis der allmählichen Durchsetzung des linken Flügels in den Kämpfen der palästinensischen Massen ist, der sich ideologisch am Marxismus-Leninismus orientiert und die Interessen der palästinensischen und jordanischen Arbeiter und Bauern sowie der Flüchtlingsmassen vertritt.

Ihm steht innerhalb der Widerstandsbewegung ein rechter Flügel gegenüber, der stark unter dem Einfluß der nationalistischen arabischen Bourgeoisien und z.T. der Sowjetunion steht. Von seinem Klassencharakter her ist dieser rechte Flügel der politische Vertreter der palästinensischen Nationalbourgeoisie und des palästinensischen Kleinbürgertums in Jordanien und in den von den Zionisten 1967 besetzten Gebieten. Diese Klassen befinden sich im Widerspruch zu den Zionisten einerseits, zu den jordanischen Reaktionären andererseits. Sie sind bereit, gegen die nationalen und sozialen Hauptfeinde des palästinensischen Volkes zu kämpfen, sind in diesem Kampf jedoch schwankend, wankelmütig und inkonsequent. Ihre Ideologie ist die des arabischen Nationalismus.

Die Folgen einer bürgerlichen Politik

Die Neigung zu Kompromißlertum und Kapitulation vor dem Feind, die im Klassencharakter des rechten Flügels der Widerstandsbewegung begründet liegt, erklärt seine Unfähigkeit, den Kampf des palästinensischen Volkes richtig und konsequent anzuleiten. In der Tat war die bislang immer noch vorhandene Dominanz des bürgerlichen Elements mitverantwortlich für eine Reihe von Niederlagen, die die palästinensische Revolution in den letzten Jahren politisch und militärisch erlitten hat.

Die von der bürgerlichen Führung vertretene Politik der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten", die einseitig nur den nationalen Feind Israel sieht und nicht dessen Funktion im konterrevolutionären Zusammenspiel mit dem Imperialismus und der arabischen Reaktion, hatte das palästinensische Volk in seinem Kampf gegen die jordanischen Reaktionäre entmachtet. Statt sich mit den gegen ihre feudalen Unterdrücker zur Wehr setzenden jordanischen Bauern zu verbünden, betrieb die - damals noch unangefochten führende El Fatah eine Politik des palästinensischen Isolationismus, die es den jordanischen Reaktionäre möglich machte, die Bastionen der Fedayin zu zerschlagen. Erst die blutige Erfahrung der Ermordung von 20.000 Palästinensern durch die Truppen der Konterrevolution im September 1970

zwangen auch die Rechten in der PLO dazu, ihre falsche Politik aufzugeben.

"Freunde erkennt man im Unglück. Geschlagene Armeen lernen gut" (Lenin). Im Feuer des Kampfes bestätigte sich die Analyse, die die Kommunisten in der Widerstandsbewegung, die in der Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPDLP) organisiert sind, schon lange vor dem jordanischen Bürgerkrieg gegeben hatten: nur der gemeinsame Kampf aller revolutionären und antiimperialistischen Kräfte gegen Zionismus, Imperialismus und arabischer Reaktion hat Aussicht auf Erfolg. In dem Maße, in dem sich die Kämpfe zuspitzen und die schwankende Haltung der Rechten von den Massen immer klarer durchschaut wird, festigen sich sie Positionen der Kommunisten in der nationalen Einheitsfront. Gegenwärtig steht die PLO noch nicht unter marxistisch-leninistischer Führung. Zwar haben sich die bürgerlichen Elemente unter dem Zwang der Ereignisse und dem Druck der Massen zur Annahme eines von der FPDLP vorgelegten Programms zur Fortführung und weiteren Entwicklung des revolutionären Volkskrieges bereitfinden müssen, sie sabotieren jedoch die Durchsetzung dieses Programms auf jede nur erdenkliche Weise.

Ergebnis dieses Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen innerhalb der palästinensischen Revolution ist es, daß vor allem in kritischen Situationen die Gefahr des Verrats in den eigenen Reihen, die Gefahr der Sabotage der PLO durch bürgerliche Elemente noch immer ziemlich groß ist. Es ist daher kein Wunder, daß die Kapitulanten gerade jetzt wieder ihr Haupt erheben und sich zu unzulässigen Kompromissen mit den Feinden der Revolution bereitfinden.

»Keinen Quadratzentimeter arabischen Territoriums preisgeben!«

So richtig es taktisch auch ist, wenn sich die PLO an der "Friedenskonferenz" beteiligt, so schädlich wäre es, wenn sie sich - unter dem Druck der Sowjetunion und der arabischen Bourgeoisien - zu Kompromissen bereitfinden würde, die dem Ziel der Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina zuwiderlaufen. Deshalb hat sich Genosse Nayef Hawatmeh von der FPDLP in seiner Stellungnahme zur "Friedenskonferenz" einerseits von der linksradikalen Politik der FPLP (Georges Habbasch) abgegrenzt, die die Teilnahme schon "an sich" ablehnt, andererseits hat er entschieden gegen alle Versuche Stellung genommen, dem zionistischen Staat Israel ein Existenzrecht - gleich in welchen Grenzen - zuzusichern. In einer am 10.11.73 abgehaltenen gemeinsamen Sitzung zwischen Vertretern der FPDLP und der Arabischen Sozialistischen Baath Partei (der irakischen Regierungspartei) legten die palästinensischen Genossen neuerlich ihren Standpunkt dar bezüglich"der Frage der Beibehaltung des Kampfes gegen jedes Übereinkommen, das auch nur einen Quadratzentimeter arabischen Territoriums preisgibt" (Baghdad Observer, 12. 11.73).

Die Kommunisten in der PLO vertreten damit nicht irgendwelche partikularen Interessen, sondern die nationalen Interessen des gesamten palästinensischen Volkes in seinem Kampf gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion. Ihre Haltung basiert voll und ganz auf dem Programm, das vom palästinensischen Nationalkongreß im April letzten Jahres in Kairo angenommen wurde und das die Zerschlagung der imperialistisch-zionistischen Gewaltherrschaft über Palästina durch den revolutionären Volkskrieg zum Kampfziel der Revolution erklärt. Die Durchsetzung dieses Programms entspricht in allen seinen Punkten den Interessen des palästinensischen Volkes, es zeigt korrekt die Richtung auf, in der sich die historische Entwicklung im Nahen Osten bewegt. Die Kapitulanten in der Widerstandsbewegung können zwar heute noch Verwirrung stiften, in ihrer Spaltertätigkeit werden sie jedoch sicherlich Schiffbruch erleiden. Das palästinensische Volk wird in seinem Kampf fortfahren, bis es den Sieg errungen hat. Für die palästinensische Nationalbourgeoisie und das Kleinbürgertum gibt es nur eine Alternative: entweder sie kämpfen unter der Führung der Arbeiterklasse gegen den Zionismus, den Imperialismus und die arabische Reaktion, ordnen sich der nationalrevolutionären Bewegung unter und verzichten auf die Durchsetzung ihrer Sonderinteressen. Oder sie verraten die Revolution und wechseln das Lager, dann werden sie wie alle Reaktionäre und Renegaten vom Rad der Geschichte zermalmt. Verräter in ihren eigenen Reihen wird die palästinensische Revolution nicht dulden.

THIEU PLANT BEREITS DIE ALLGEMEINE OFFENSIVE

Seit Anfang Oktober verstärken sich die Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens durch das Saigoner Regime alarmierend. Die Thieu Clique versucht mit allen Mitteln, Teile der befreiten Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen und startet Offensive auf Offensive zu Land, zu Wasser und in der Luft. Bombardements auf Dörfer und Städte in den be freiten Gebieten werden durchgeführt, giftige chemische Substanzen werden auf Reisfelder gesprüht und ganze Dörfer mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht.

So wurden Loc Ninh, das Verwaltungszentrum der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR), und die Stadt Lo Go an der kambodschanischen Grenze bombardiert. In Loc Ninh wurden 170 Häuser zerstört und 32 Menschen getötet. Kampfbomber griffen in mehreren Wellen Wohnhäuser und ein Spital an, das sie mit Napalm und Sprengbomben zerstörten. Wie der Leiter der Delegation der PRR in Paris, Ly Van Sau, erklärte, waren die Bombenangriffe und Arterillerieüberfälle in letzter Zeit intensiver als vor der Unterzeichnung des Abkommens im Jänner.

Die ständigen Eroberungsangriffe gegen die Reisgebiete des Mekongdeltas sind ein direkter Ausdruck der ökonomischen Schwierigkeiten der Marionettenclique. Durch das "Pazifizierungsprogramm" werden immer mehr Menschen vom

Land vertrieben und in Konzentrationsdörfer gesteckt. Im Verlauf der imperialistischen Aggression wurden 5-6 Millionen Bauern vom Land vertrieben, sodaß große Teile der Felder brachliegen. Die Reisernten werden dadurch immer geringer, sodaß die Reisknappheit und die Steigerung der Reispreise (von Jänner bis Oktober 1973 65%) heute eine der großen akuten ökonomischen Schwierigkeiten Thieus darstellt. Da im Oktober die Reisernte begann, versuchte Thieu dieses Problem so zu lösen, wie schon die französischen Kolonialisten vor ihm: durch die Requirierung von Reis im Mekongdelta. Dies geht aber heute nur mehr durch den brutalen Einsatz des Militärs, weil das vietnamesische Volk sich nicht rauben läßt, was es mit eigenen Händen geschaffen hat. Die Kämpfe mit den Volksstreitkräften eskalieren sich daher aufgrund der ständigen Angriffe Thieus immer mehr.

Die Zahlen über die Verletzungen des Pariser Abkommens beweisen, daß Thieu es als einen Fetzen Papier betrachtet. Vom 28. Jänner bis 20. Oktober verletzte Thieu 261.266mal das Waffenstillstandsabkommen, davon durch 32.473 Eroberungsangriffe auf befreite Gebiete, ..991 Bombardements, mehr als 1.3.034 Polizeioperationen in den von Thieu noch beherrschten Gebieten, bei denen mehr als 30.000 Menschen verhaftet und eingesperrt wurden. Überhaupt hat Thieu erst 1948(!) politische Gefangene freigelassen, mehr als 200.000 schmachten weiterhin in seinen Kerkern.

Zur Rechtfertigung der Waffenstillstandsverletzungen bedient sich das Saigoner Marionettenregime eines alten Tricks. Es wirft der PRR vor, die Verletzungen begangen zu haben und stuft seine Aktionen nur als "Verteidigungsmaßnahmen" ein. Nach der "Haltet den Dieb!" - Methode beschuldigt Thieu völlig haltlos die PRR, Menschen aus der Demokratischen Republik Vietnam(DRV) in die Republik Südvietnam (RSV) infiltriert zu haben, um Anfang 1974 eine Offensive zu beginnen, und bezichtigt die PRR eines Verstoßes gegen das Pariser Abkommen, wenn Zivilflugplätze angelegt werden oder wenn chinesische Schiffe wirtschaftliche Hilfe für den Aufbau der befreiten Gebiete bringen.

Diese Verleumdungscampagne ist nichts als ein Mittel, um neue, immer größere Offensiven gegen die befreiten Gebiete, bis hin zur Wiederaufnahme der Kämpfe an allen Fronten zu rechtfertigen und die Weltöffentlichkeit zu täuschen. Thieu kündigte bereits an, er werde Präventivschläge führen, um eine "Offensive der Kommunisten" zu verhindern! Die antiimperialistischen Kräfte müssen diesen weltweiten Verleumdungskampagnen entschlossen entgegentreten.

Hinter den Reden und Taten der Saigoner Administration sieht man deutlich die Hand des US-Imperialismus, der es immer noch nicht aufgegeben hat, Südvietnam in neokolonialer Abhängigkeit zu halten. Ohne die Unterstützung aus Washington wäre es für Thieu unmöglich, 1,1Millionen Offiziere und Soldaten, 120.000 Polizisten, 40.000 Geheimdienstagenten zu bezahlen. Die US-Militärhilfe für Südostasien stieg von 2,735 Milliarden Dollar im Jahr 1972/73 auf 4,69 Milliarden Dollar für das Jahr 1973/74, wovon mehr als 3 Milliarden Dollar allein für Thieu vorgesehen sind. In unverschämter Verletzung des Pariser Abkommens setzt Nixon auch die Waffenlieferungen fort. Die US-Imperialisten schickten Thieu bisher 500 Flugzeuge, 600 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, 600 Kanonen aller Kaliber, 200 Militärschiffe und mehr als eine halbe Million Bomben sowie Munition.

Inzwischen sind in Südvietnam auch wieder an die 24 000 als Zivilisten verkeidete US-Militärs in Aktion. Ihre Aufgabe ist die Vorbereitung von Überfällen auf befreite Gebiete und die Leitung und Schulung von Thieus Funktionären bei der Unterdrückung der Bevölkerung. Der Anführer der amerikanischen Söldner ist der US-Militärattache in Saigon, General Murray. Er arbeitete bei der Vorbereitung des Angriffes auf Le Minh mit. So enthüllte die französische Zeitung Le Monde, daß sich 3 Tage vor dem Angriff auf das Hochplateau (das in der 2. Militärregion liegt) Thieu mit Murray und General Kingston, dem ehemaligen Kommandanten der US-Streitkräfte in der 2. Militärregion zu einer militärischen Aussprache traf! Die USA drohen auch wieder mit einer Aufnahme der Bombenangriffe auf Indochina! Kürzlich erklärte der Kommandant der US-Airforce im pazifischen Raum, General J.W.Vogt, daß die amerikanischen Kampfflugzeuge bereit wären, die Bombardierung Indochinas wiederaufzunehmen.

Weder die USA noch ihre Marionette Thieu denken also daran, sich ernstlich an das Pariser Abkommen zu halten, sondern gebrauchen die Zeit, um die Armee Thieus aufzurüsten, um einen neuen Krieg vorzubereiten. Das vietnamesische Volk aber ist bestens auf eine neue imperialistische Aggression vorbereitet. Es wird den revolutionären Volkskrieg weiterführen und den USA und Thieu weitere schwere militärische und politische Schläge versetzen.

Bis Anfang Oktober hat die PRR versucht, die Angriffe Thieus bloß abzuwehren und selbst keine Vergeltungsschläge zu führen. Mit der Zunahme der Angriffe wird das aber immer weniger möglich. In einem Tagesbefehl an ihre Truppen fordert die PRR diese daher auf nun "entschlossen Konterattacken durchzuführen, in einer entschlossenen Verteidigung der befreiten Gebiete alle Aktionen der Saigoner Armee zunichtezumachen und die durch den Feind illegal besetzten Gebiete zurückzuerobern." Das ist die einzig mögliche Reaktion auf die unerträglichen Aggressionen der Thieu-Armee. ■

BEIM UMBRUCH DES ARTIKELS „ZUR NAHOSTDEMONSTRATION: DIE SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFENDEN ARABISCHEN VÖLKERN UND DER KSV" IN DER LETZTEN NUMMER (KHZ 7/73) SIND EINIGE FEHLER UNTERLAUFEN, SODASS DER ARTIKEL NUR UNVOLLSTÄNDIG ZUM ABDRUCK KAM. DIE REDAKTION ENTSCHULDIGT SICH BEI DEN LESERN DER KHZ.